

# Metallarbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

erschienen wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schörm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstr. Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 8892.

Zusatz  
für die sechsgespaltene Colonne ober deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **170700** Exemplaren erscheint diese Ztg.

## Eisen- und Stahlkartelle und der Deutsche Metallarbeiter-Verband.\*

III.

### Unternehmer unter sich.

In der kapitalistischen Presse wird jeder unschöne Vorgang innerhalb der Arbeiterbewegung versehen mit der Stichmarke: „Die Genossen unter sich.“ sensationell aufgebauscht, einem hochverehrten Publikum mitgeteilt. Daher ist es merkwürdig, daß diese Presse die heftigen persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern kontrahierender Unternehmerrgruppen beharrlich totschweigt, damit den Gläubigern erweckend, dort sei eitel Friede und Einigkeit, kein rauhes Wort entflöhe dort dem Gehege der Zähne. Wie in der Tat aber eine große Erbitterung erzeugt wurde in Unternehmerrkreisen durch die kapitalistischen Syndikate, das lehrt das Studium der „kontradiktorischen Verhandlungen über deutsche Kartelle“.

Nur mit Mühe gelang es dem Vorsitzenden, Regierungsrat von der Borgh, den Ausbruch der tiefsten Empörung zu verhindern, sehr oft mußte er bitten, „nicht in die persönlichen Sachen“ sich zu vertiefen. Hätte dieser Brämsen nicht so gewirkt, es hätten sich Szenen ereignet, die an Leidenschaftlichkeit den in dieser Hinsicht so oft zitierten „Dresdener Parteitag“ weit hinter sich zurückließen, obgleich an den Kartellverhandlungen nur Leute teilnahmen, die gewohnheitsgemäß geschäftlich-führl zu sprechen pflegen.

Nicht die persönlichen Händereien und Beschimpfungen interessieren uns hier, sondern ihr Hintergrund. Wir sehen große Interessengegenstände innerhalb des Unternehmertums, was für unsere gewerkschaftspolitische Taktik Fingerzeige geben kann. Wir sehen den Kampf der sogenannten „reinen“ Hochofen- und Walzwerke gegen die „gemischten“ Riesenbetriebe, den Untergang des Kleinkapitalisten und des kapitalistischen „Mittelstandes“ — man gestatte diesen Ausdruck —, die Entfaltung gewaltiger, alles beherrschender kapitalistischer Wirtschaftsgebilde tritt plastisch in unseren Gesichtskreis. Dieser Prozeß geht nicht ohne Fraktionen ab, man kann es den Totgeweihten nicht verdenken, wenn sie krampfhaft die Faust abwehren, die ihnen die Gurgel zudrückt wird. Und überdies sind die Wege der Mächtigen durchaus nicht einwandfrei, vom bürgerlich-moralischen Standpunkt aus betrachtet.

In der Kartellenquete ist durch Vertreter der kleinen Werke und der Maschinenfabriken dokumentiert worden, daß die Verbände der Roheisen- und Halbzeugfabrikanten 1899/1900 eine „Roheisennot“ den Verbrauchern in Aussicht stellten, daraufhin den abgeschlossenen Lieferungsvertrag brachen und die abhängigen Abnehmer nötigten, einen neuen Lieferungsvertrag mit höheren Preisen anzuerkennen. Damit nicht genug: auch die dann abgeschlossenen Lieferverträge wurden nicht prompt ausgeführt, die Posten sind nicht zu den bestimmten Fristen, nicht in den vereinbarten Mengen, nicht zu den vereinbarten Preisen geliefert worden! Vom Halbzeugverband wurde die Zuteilung des Materials so eigentümlich ungleichartig und willkürlich vorgenommen — das eine Werk bekam mehr, das andere weniger wie früher —, daß man die Anklage der Benachteiligten, das Syndikat arbeite auf ihren Bankrott hin, mindestens begreifen kann.

Als dann die Roheisen- und Halbzeugpreise infolge der „Eisennot“ glücklich zur schwindelnden Höhe hinaufgeschneit waren, da verlagte der ausschlaggebende Inlandsmarkt, zu solchen Preisen konnte keine lohnende Weiterverarbeitung stattfinden, die Krise brach herein! Es ist nun von Bedeutung, zu betrachten, ob die kapitalistischen Kartelle befähigt sind, vorausschauend ihre Preislage und Produktion den Schwankungen des Marktes anzupassen, denn diese Aufgabe sollen die Kartelle doch lösen können nach Angabe ihrer Lobredner. Bekanntlich brach die letzte Krise schon Ende 1900 aus, 1901 befand sich die Eisen- und Stahlindustrie in voller Deroute. Die Durchschnittslieferungspreise des Roheisensyndikats zu Düsseldorf stellten sich aber pro Tonne:

	Hoheisen- roheisen pro T.	Halb- und Stabeisen pro T.	Thomas- eisen pro T.
1897	59,29	56,81	60,50
1899	62,24	58,54	57,64
1900	75,74	63,33	65,49
1901	84,97	88,14	84,65

Gerade 1901, dem Jahre schwerer Krise, stiegen also die Lieferpreise des „vorausschauenden“ Syndikats ganz außerordentlich! Als viele Eisenwerke und Maschinenfabriken schon

massenhaft Arbeiter entließen, Lohnreduktionen eintraten, da gerade stellte sich der Roheisenpreis bis um 20 Prozent höher wie in den vorherigen, besseren Geschäftsjahren!

Der Halbzeugverband machte es keineswegs besser. Thomas-Rohblöcke lieferte er 1900 um 27 Mk. teurer wie 1899, Platinen 32 Mk. teurer, Knüppel 32 Mk. teurer. Auch hier standen die Preise 1901 noch höher wie 1898/1899. Da dieses Material hauptsächlich von den kleineren Drahtwalzwerken und Façoneisenwalzwerken weiterverarbeitet wird für Maschinenfabriken, Waggonfabriken, Brückenbauanstalten etc., so traf diese Fertigfabrikation der Eisenwucher besonders hart. Die Vertreter dieser Branchen klagten denn auch sehr über die „segensreiche Syndikatspolitik“. Einer der Fabrikanten ging mit großer Energie vor, er sagte, das Verhalten der Kartelle verstoße „gegen Treu und Glauben“, „gegen die guten Sitten in der Geschäftswelt“. Nur mit Mühe konnte weiteren Ausbrüchen der Erregung durch Eingreifen des Vorsitzenden vorgebeugt werden.

„Bedenken Sie doch, meine Herren, man führte uns eine Roheisennot vor Augen, die in dem Maße gar nicht vorhanden war!“ So sprach Fabrikbesitzer Springmann-Hagen, ein alter Kunde des Roheisensyndikats, zur Charakterisierung der Preistreibererei. Erst als die erzürnten Abnehmer, denen man für 1901 große Posten Eisen zu den genannten enormen Preisen aufgehaßt hatte, mit der gerichtlichen Klage drohten, bot das Syndikat 15 Mk. (!) Preisermäßigung an für die 1900 gelieferten Mengen.

Dramatisch bewegt wurde auch die Szene, als die Vertreter der weiterverarbeitenden Industrien aus ihren Geschäftsberichten konstatierten, die „Durchschnittspreise“, vom Syndikat angegeben, könnten nur zu verstehen sein inklusive Auslandsverkäufe, denn im Inland seien ganz andere Preise erzielt worden. Direktor Uge-Kaiserslautern gab an, er habe 1902 für Gießereirohisen 63,25 bis 66,90 Mk. bezahlen müssen, während vom Syndikat der Kartellkommission 58,38 Mk. als „Durchschnittspreis“ genannt worden war. Direktor Keiling-Berlin deponierte, er habe 1900/1901 pro Tonne 100 Mk. bezahlen müssen, „also da weiß ich gar nicht, wo die hier angezogenen (viel niedrigeren) Durchschnittspreise herkommen!“

Natürlich verteidigten die Syndikatsleute ihr Verhalten und suchten ihre Preisangaben zu stützen, aber gegen die von gegnerischer Seite vorgelegten Bilanzen und Preisstabellen konnte doch nichts stichhaltiges vorgebracht werden, wie auch von den geladenen unparteiischen Sachverständigen zugegeben wurde. Wir hatten also vollkommen Recht, als wir seinerzeit behaupteten, die „antlichen Notierungen“ der Syndikatspreise seien mit großer Vorsicht aufzunehmen. An die Kontrolle über die Preisunterschiede schloßen sich wieder sehr persönlich zugespiete Bemerkungen, der Konfliktstoff war so gepreßt, daß nur den fortwährenden friedensstiftenden Eingriffen des Vorsitzenden die Verhinderung der heftigsten Explosion zu danken ist. Die Gegenfälle innerhalb der Unternehmerschaft sind viel schärfer wie der Außenstehende ahnt.

Begreifen kann man die Gereiztheit sehr wohl. Bejaht mußte syndikatsseitig die Frage werden: ob eine große Anzahl Huddelöfen heute stillliegen wegen der hohen Roheisenpreise! Ohne Widerlegung wurde behauptet, die Syndikatspolitik nehme ihren Fortgang, „bis die reinen Hochofenwerke und ihre Abnehmer, die Huddelwerke, vollständig zum Stillstand gekommen sein werden!“ Walzwerksbesitzer Schleifenbaum-Weidenau behauptete, die drückenden Bedingungen habe das Roheisensyndikat nicht den großen, sondern nur den kleinen, abhängigen Abnehmern gestellt. „Also nur wir kleinen Leute hatten darunter zu leiden!“

Wir tun einen tiefen Blick in den Entwicklungsgang zum allgewaltigen kapitalistischen Riesenbetrieb. Wie die moderne Produktionsweise zuerst den Handwerksbetrieb auflöste, so zerstückelt sie nun die kleinen und mittleren Fabriktetriebe. Der riesige Stahlwerksverband wird noch schneller mit dem „Mittelstand“ aufträumen, ist doch sogar das große Eisen- und Stahlwerk Phönix nun gezwungen worden, sich dem Stahlwerksverband anzuschließen! Ihm wurde mit der Ruinierung gedroht, entweder — oder! Was will erst ein viel kleinerer Walzwerksbesitzer gegen den Leviathan anfangen? Die Interessentkämpfe innerhalb der Kapitalistenklasse werden enden mit dem Triumph des Allerkräftigsten. Es wird nur ein vertrockneter Riesenbetrieb übrig bleiben.

Einen breiten Raum nahmen die Erörterungen über die vielberühmten Auslandsverkäufe der Kartelle ein. Deren Anhänger haben von ihrem Standpunkt aus Recht, wenn sie sagen, die Auslandsverkäufe, auch tief unter dem Inlandspreis, seien nötig, um die Produktionsfähigkeit der Werke auszunutzen. Wenn man den ganzen Prozeß der Gütererzeugung nur vom Gesichtswinkel des individuellen Nutzens

betrachtet, die sozialen Gesichtspunkte höchstens sekundär berücksichtigt, dann freilich ist die „Entlastung des Inlandsmarktes“ durch die Ausfuhr (lies Hochhaltung der Inlandspreise durch künstliche Herbeiführung eines Materialmangels) eine „nationale Politik“.

Aber die Syndikatsleute haben doch die Tatsache nicht leugnen können, daß die billigen Auslandsverkäufe unserer eigenen Industrie im Ausland empfindliche Konkurrenten großzog! Das Roheisensyndikat führte aus: Tonnen: 1899: 21505, 1900: 17515, 1901: 13710, 1902: 134955! „Bewegung“ verzeichnet hier der Bericht (Seite 173). Also selbst zur Zeit der „Roheisennot“ sind erhebliche Posten dem Ausland zugeführt worden, die inländischen Verbraucher bekamen ihre vertragsmäßigen Mengen nicht. Wer nur zu außerordentlich geschrumpften Preisen. Dadurch wurde die heimische Industrie so gedrückt, daß die Kräfte mit Macht hereinbrach und nun warf das Syndikat die unerhörte Menge von 134955 Tonnen ins Ausland! Zu den für ausländische Abnehmer bewilligten Preisen wären gewiß viele tausend Tonnen auch noch im Inland untergebracht worden. Aber für das Inland blieben auch dann noch abnorme Preise bestehen. Die Folge davon war die Unterbietung deutscher Fabrikanten im Ausland und sogar im Inland durch ausländische Konkurrenten, die ihre Preise viel billiger stellen konnten, weil ihnen deutsches Roheisen und Halbfabrikate billiger zur Verfügung stand wie den Deutschen.

Das sind die „Unternehmer unter sich“. Die Wirkungen dieser „nationalen Politik“ auf die Arbeiterverhältnisse werden wir im nächsten Artikel besprechen.

## Metallarbeiterverhältnisse in Baden.

Die badische Fabrikinspektion hat unter dem Nachfolger Wörtschoppers den zweiten Jahresbericht veröffentlicht, der nicht ohne sozialpolitischen Wert ist, aber doch hinter dem vorjährigen Bericht zurückbleibt, namentlich aber hinter den Berichten, die unter Wörtschopper erschienen sind. Der Bericht enthält zahlreiches Tatsachenmaterial, insbesondere Lohn- und Fabrikstatistik aus der Pforzheimer Bijouterieindustrie und der Schwarzwälder Uhrenindustrie, Lohnstatistik aus chemischen Fabriken, Schilderungen der Wohnungsverhältnisse und so weiter. Aber der Bericht enthält kein Wort über die Arbeiterorganisationen, Dr. Wittmann stellt einen ausführlichen Bericht für das nächste Jahr in Aussicht. Der Herr ist ein merkwürdiger Fabrikinspektor, der völlig übersehen, daß die ganze soziale Gesetzgebung, daß alle sozialen Einrichtungen, mithin auch die Fabrikinspektion, nicht der Bureaucratie und auch nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter wegen da sind. Und darum müssen gerade auch für den Fabrikinspektor die Arbeiterorganisationen, die Arbeiterbewegung, jede Betätigung der Arbeiter von dem allergrößten Werte sein. Der Herr Dr. Wittmann hätte es offenbar noch recht dringend nötig, einige sozialpolitische Kurse mitzumachen und sich dabei etwas höhere Anschauungen über die Fabrikinspektion zu erwerben.

Zustimmen ist ihm, und insofern verläßt er den bureaukratischen Standpunkt, wenn er ausführt, daß die Revisionen, der Außendienst, die Grundlage aller Betätigung der Gewerbeinspektion sind. „Nur durch fortgesetzte unmittelbare Verbindung mit den Personen und Dingen können die Beamten sich die Frische der Anschauung erhalten, die ihrem Beruf nötig ist. Nur durch sie können sie sich davor schützen, doktrinär zu werden, was nirgends weniger angebracht ist als auf diesem Gebiet, denn hier liegen die Sachen so vielfältig, daß kaum eine der anderen völlig gleicht. Wenn es somit unbedingt erforderlich ist, daß die Beamten ausreichende Zeit zum Außendienst haben, so muß zugleich auch großer Wert darauf gelegt werden, daß sie ohne Hast und Drängen im stillen Dienstzimmer ihre Eindrücke verarbeiten, die gemachten Beobachtungen und gesammelten Erfahrungen festlegen und nutzbringend gestalten können. Hierdurch erst gewinnt die Revisionsstätigkeit ihre volle praktische Bedeutung und Tragweite.“ Dr. Wittmann scheint den Mangel an sozialpolitischem Wissen und Können, an dem er so erheblich leidet, zu empfinden, denn er fährt dann noch weiter aus, daß die laufenden Geschäfte nicht so anwachsen dürfen, daß der Beamte in ihnen völlig aufzugehen gezwungen ist. „Es muß Zeit haben, um der fortschreitenden Entwicklung der Gesetzgebung folgen und allen bedeutenderen Erscheinungen der sozialwissenschaftlichen und sozialpraktischen Literatur und den Bewegungen des Wirtschaftslebens eingehendere Aufmerksamkeit widmen zu können. Zugleich muß er auch die Mühe finden, um seine in viele Einzelheiten zerstückelte Tätigkeit zu überdenken und einheitlich zusammenzufassen, um ein freies Gesichtsfeld zu gewinnen und zu behalten, von dem aus allein es ihm möglich ist, auch eine fruchtbringende Initiative zu entwickeln.“

\* Bergl. die S. 14 und 16.

Daraus folgt eine genügende Vermehrung des Personals der Fabrikinspektion, die auch im Hinblick auf das arge Verhältnis der revidierten zu den revidierungspflichtigen Betrieben dringend notwendig ist. Sind doch von 8839 Betrieben mit 193590 Arbeitern nur 3056 Betriebe mit 112305 Arbeitern revidiert worden, also nicht einmal die Hälfte der Betriebe und nicht ganz drei Fünftel der Arbeiter. Die Gesamtzahl der Revisionen betrug 8422, da 297 Betriebe zweimal und 32 mehrmals revidiert wurden. Wie notwendig aber die regelmäßige Kontrolle aller Betriebe mindestens einmal in jedem Jahre ist, beweisen die 4081 Anordnungen, welche zur Beseitigung aller möglichen Mißstände die Aufsichtsbeamten treffen mußten, obwohl sie nicht einmal die Hälfte aller Betriebe besuchten und obwohl die badische Fabrikinspektion nun schon 25 Jahre lang besteht. Etwas seltsam ist es, daß der Bericht davor warnt, aus der großen Zahl von Anordnungen „irgend welche Schlüsse sozialpolitischer Natur“ zu ziehen. Der Berichterstatter fürchtet sich also offenbar vor den Konsequenzen der von ihm selbst festgestellten und veröffentlichten Tatsachen. Ein sonderbarer Fabrikinspektor! Und ebenso sonderbar ist die Zurückweisung, der in Arbeiterkreisen nicht selten zu hörenden Ansicht, daß Verbesserungen der Betriebsverhältnisse nur mit Hilfe der Arbeiterorganisationen erzwungen werden könnten. Der herrschende Bureaucrat, wie er lebt und lebt. Wenn die Arbeiter auch jehmal recht hätten, vom Standpunkt der herrschenden Bureaucratie und der herrschenden Klassen darf diese Auffassung nicht gelten gelassen werden. Was zugunsten der Arbeiter geschieht, soll als eine Gnade, als eine Wohlthat, die die herrschenden Klassen aus Großmut gewähren, von den Arbeitern dankbar hingenommen werden. Zu fordern und zu erzwingen haben sie aber nichts. Dieser an den aufgeklärten Despotismus des 18. Jahrhunderts erinnernde Standpunkt zeigt geradezu zu schallender Heiterkeit, denn in der Tat wird diese „kraftstrotzende“ herrschende Bourgeoisie und Bureaucratie geschoben, während sie glaubt, sie schiebt.

Über die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie wird berichtet, daß sie noch immer am schwächsten war im Vergleich zu den anderen Industrien. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden ist durchwegs höher als die der angebotenen Stellen. Das Drei- und Vierfache der letzteren beträgt die Zahl der nicht eingetragenen Stellsuchenden. In der Bijouterieindustrie ist der Beschäftigungsgrad ein besserer als im Vorjahr gewesen; ebenso war in der Nähmaschinenindustrie starke Nachfrage nach Arbeitskräften. So konnten mehrere Fabriken, welche durch die wirtschaftliche Depression zu länger dauernder Arbeitszeitverkürzung genötigt waren, die normale Arbeitszeit wieder einführen. Die Betriebsstatistik zeigt folgende Veränderungen:

Zahl der Betriebe	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1903	1904	1903	1904
Arbeiter	25 169	24 046	29 640	27 072
Männlichen	18 457	17 538	27 939	26 456
Weiblichen	6 712	6 508	1 701	1 487
Erwachsenen	22 822	21 528	28 079	26 826
Jugendlichen	2 347	2 518	1 561	1 846

Es weisen demnach alle Kategorien Steigerungen auf, die der Maschinenindustrie jedoch mehr als die der Metallindustrie, so daß im Jahre 1904 eine kleine Weiterentwicklung stattgefunden hat.

Aus den Mitteilungen über die Durchführung der Arbeiterschutzeschriften, soweit sie unsere Industrien betreffen, entnehmen wir zunächst bezüglich der Jugendlichen, daß in der seit Jahren üblichen Weise 39 Fabriken der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie wegen der Natur des Betriebs oder wegen Rücksichten auf die Arbeiter von der Verpflichtung, den jugendlichen Arbeitern Vor- und Nachmittagspausen zu gewähren, entbunden wurden. Einer Firma des gleichen Industriezweigs wurde gestattet, den Jugendlichen während der Pausen den Aufenthalt in den Arbeitsräumen trotz des Fortganges des Betriebs zu erlauben. Größere Maschinenfabriken machen mitunter den Versuch, den Wegfall der halbtägigen Pausen auf Grund des § 139 Abs. 2 zu erreichen, indem sie als bestimmend für ihr Geschick angeben, die Arbeit der jugendlichen Lehrlinge stände mit der der Erwachsenen in einem so engen Zusammenhang, daß bei Entziehung der Hilfskräfte auch die Tätigkeit der Erwachsenen für die gleiche Zeit lahmgelegt würde. Die Beobachtung zeigt nun aber, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, die jugendlichen Hilfsarbeiter lediglich Handlanger sind, welche den Erwachsenen die Arbeit erleichtern und beschleunigen helfen, daß dagegen ein organisches Zusammenwirken nicht vorliegt. Aus diesem Grunde stellt sich die Fabrikinspektion grundsätzlich Ausnahmebewilligungen auf Grund des genannten Paragraphen in Maschinenfabriken entgegen. Bei der Gleichzeitigkeit der Verhältnisse in diesem Berufsweig würde eine Aufgabe dieses Grundgesetzes die Folge haben, daß unter Berufung auf eine vollenzogene Ausnahmebewilligung auch andere Maschinenfabriken des Landes die gleiche Vergünstigung genießen könnten. Auch im Berichtsjahr wurde auf Ansuchen der Fabrikinspektion entgegen den Anwendungen der unteren Verwaltungsbehörde die Zurückweisung eines solchen Gesuches einer Maschinenfabrik und Eisenfabrik mit mehr als 100 Arbeitern durch die höhere Verwaltungsbehörde ausgesprochen.

Gegen eine Porzellan- und Schmuckwarenfabrik richteten sich wiederum mehrere Klagen wegen Anstellung des Lehrverhältnisses. Bei näherem Nachforschen stellte es sich heraus, daß einer der Geschäftsinhaber die jungen Lehrlinge nicht selten mit unästhetischen Redensarten anspricht. Auf Veranlassung der Fabrikinspektion wurde ihm durch das Bezirksamt eröffnet, daß, sofern er sich weitere ähnliche Unhöflichkeiten zu schulden kommen lassen würde, ihm das Halten von Lehrlingen untersagt werden müßte.

Weiter konstatiert der Bericht einen nicht selten vorkommenden schädlichen Einfluß der gewerblichen Arbeit auf die jugendlichen Arbeiter in Maschinenfabriken, Eisenfabriken und ähnlichen Betrieben, welche die Fabrikation von Massenartikeln betreiben, indem hier auf die körperliche Leistungsfähigkeit der Jugendlichen beim Tragen von Lasten von der Betriebsleitung nicht genügend Rücksicht genommen wird. Man kann männliche jugendliche Arbeiter antreffen, die sich allein oder zu zweien mit Körben voll Schrauben, Gewindeteilen, Muttern und dergleichen abschleppen, deren Gewicht kaum der Kraft von Erwachsenen angemessen ist. Auf Beanstandungen wird dann meist erwidert, die Jugendlichen könnten sich die Arbeit erleichtern, indem sie die weniger gefüllten Tragkörbe häufiger von den meist automatisch arbeitenden Maschinen wegnehmen; sie zögen die selteneren Gänge vor, „um eine längere Zwischenzeit hindurch faullenzen (!) zu können. Eine eingehendere Prüfung zeigt dann aber nach dem Bericht meist, daß die Zeit der betreffenden jugendlichen Arbeiter reichlich ausgefüllt ist. Ihr erschöpftes Aussehen, zumal gegen Schluß der Arbeitszeit, läßt die Überanstrengung deutlich erkennen.

Diese Darstellung zeigt das herzlose Unternehmertum wieder einmal in seiner ganzen Herrlichkeit. Erst werden die jungen Arbeiter, gewöhnlich noch die reinsten Knaben, bis zur Erschöpfung gegen einen kleinen schlechten Lohn ausbeutet und wenn sie sich dann darüber beschweren, werden sie als Faulenzler beschimpft. Pfiu Teufel! möchte man da ausrufen. In der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie blühte im Berichtsjahr wiederum das Überstundenwesen, und das, trotzdem die Aussichten auf reichliche Beschäftigung sich verschlechtert hatten. Von einer erheblichen Anzahl Firmen war in größerem Umfang als früher von den Behörden die Bewilligung zur Überarbeit verlangt worden, so daß in verschiedenen Fällen den Wünschen der Fabrikanten entgegengetreten wurde. Dagegen begünstigten sich die Herren meistens mit einer Überstunde, während sie deren früher unbedingt zwei haben mußten. Insgesamt betrug die Zahl der Überstunden 151888 gegen 167522 im Jahre 1902, ist demnach um 16000 geringer gewesen, aber immerhin noch sehr groß. Erstreckt ist der fortwährende Rückgang der für die Arbeiterinnen geradezu unerträglichen Überarbeit an den Samstagen von halb 6 bis halb 9 Uhr abends. 1894 hielten sie noch 92 Firmen für „unentbehrlich“; diese Zahl verminderte sich von Jahr zu Jahr und 1903 betrug sie nur noch 12. Hoffentlich wird damit bald ganz ausgeräumt, kann doch ohne sie auch die schweizerische Bijouterieindustrie bestehen. Die Fabrikinspektion bemerkt dazu, daß die betreffenden Arbeiten, nämlich Reizen der Werkzeuge und Arbeitstische, nunmehr in der normalen Arbeitszeit gemacht oder von besonders dazu angestelltem Steinigungspersonal ausgeführt werden.

Die körperliche Leistungsfähigkeit der Jugendlichen beim Tragen von Lasten von der Betriebsleitung nicht genügend Rücksicht genommen wird. Man kann männliche jugendliche Arbeiter antreffen, die sich allein oder zu zweien mit Körben voll Schrauben, Gewindeteilen, Muttern und dergleichen abschleppen, deren Gewicht kaum der Kraft von Erwachsenen angemessen ist. Auf Beanstandungen wird dann meist erwidert, die Jugendlichen könnten sich die Arbeit erleichtern, indem sie die weniger gefüllten Tragkörbe häufiger von den meist automatisch arbeitenden Maschinen wegnehmen; sie zögen die selteneren Gänge vor, „um eine längere Zwischenzeit hindurch faullenzen (!) zu können. Eine eingehendere Prüfung zeigt dann aber nach dem Bericht meist, daß die Zeit der betreffenden jugendlichen Arbeiter reichlich ausgefüllt ist. Ihr erschöpftes Aussehen, zumal gegen Schluß der Arbeitszeit, läßt die Überanstrengung deutlich erkennen.

Diese Darstellung zeigt das herzlose Unternehmertum wieder einmal in seiner ganzen Herrlichkeit. Erst werden die jungen Arbeiter, gewöhnlich noch die reinsten Knaben, bis zur Erschöpfung gegen einen kleinen schlechten Lohn ausbeutet und wenn sie sich dann darüber beschweren, werden sie als Faulenzler beschimpft. Pfiu Teufel! möchte man da ausrufen.

In der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie blühte im Berichtsjahr wiederum das Überstundenwesen, und das, trotzdem die Aussichten auf reichliche Beschäftigung sich verschlechtert hatten. Von einer erheblichen Anzahl Firmen war in größerem Umfang als früher von den Behörden die Bewilligung zur Überarbeit verlangt worden, so daß in verschiedenen Fällen den Wünschen der Fabrikanten entgegengetreten wurde. Dagegen begünstigten sich die Herren meistens mit einer Überstunde, während sie deren früher unbedingt zwei haben mußten. Insgesamt betrug die Zahl der Überstunden 151888 gegen 167522 im Jahre 1902, ist demnach um 16000 geringer gewesen, aber immerhin noch sehr groß. Erstreckt ist der fortwährende Rückgang der für die Arbeiterinnen geradezu unerträglichen Überarbeit an den Samstagen von halb 6 bis halb 9 Uhr abends. 1894 hielten sie noch 92 Firmen für „unentbehrlich“; diese Zahl verminderte sich von Jahr zu Jahr und 1903 betrug sie nur noch 12. Hoffentlich wird damit bald ganz ausgeräumt, kann doch ohne sie auch die schweizerische Bijouterieindustrie bestehen. Die Fabrikinspektion bemerkt dazu, daß die betreffenden Arbeiten, nämlich Reizen der Werkzeuge und Arbeitstische, nunmehr in der normalen Arbeitszeit gemacht oder von besonders dazu angestelltem Steinigungspersonal ausgeführt werden.

Eine Fabrik für elektrische Industrie wurde angehalten, die bei der neunständigen Arbeitszeit eingeführte halbstündige Mittagspause auf dreiviertel Stunden zu verlängern.

Eine Blechwarenfabrik und eine Fabrik für Uhrenbestandteile wollen mit den Arbeiterinnen unbefriedigende Erfahrungen gemacht haben, weil sie zu sehr zerstreut und weniger anpassungsfähig seien. In einer anderen Blechwarenfabrik dagegen, wo nach einem Streik die männlichen Arbeiter durch Arbeiterinnen ersetzt wurden, seien damit gute Erfahrungen gemacht worden, „weil sie sich zu der fraglichen Arbeit gut eigneten und zu wesentlich niedrigeren Lohnsätzen arbeiteten“. Wobei die billigere Arbeit die Hauptsache ist. Daraus erhellt wieder einmal überzeugend die Notwendigkeit, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen.

Auf verschiedene Parteien des Berichtes kommen wir zurück. Hier sei noch erwähnt, daß der noch erinnerliche große Kampf in der Maschinenfabrik von Lang in Mannheim auf mehreren Seiten ohne irgend welche Bemerkungen in nackter Darstellung vorgeführt ist. Bekanntlich waren damals unsere Mannheimer Kollegen sehr wenig erbaut von der Art, wie der neue badische Fabrikinspektor Dr. Wittmann sein Amt als Schiedsrichter aufsaß. Hoffentlich hat er daraus etwas gelernt.

## Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im April 1904.

### Metall- und Maschinenindustrie.

Die Arbeitslage in der Metallindustrie scheint sich im März günstiger gestaltet zu haben als in den letzten Monaten, wie von verschiedenen Seiten angegeben wird nicht ohne Zusammenhang mit dem Zustandekommen des Stahlwerkbundes. Insbesondere ist nach Koblenz im März wieder eine lebhaftere Nachfrage hervorgetreten, so daß die Produktion entsprechend gesteigert werden konnte.

Die Berichte aus der Eisenindustrie lauten für März überwiegend zufriedenstellend. Die Arbeitslage wird außerdem von zwei Berichten als erheblich günstiger als im März des Vorjahres bezeichnet. Für alle Arten Bauguss bestand lebhaftere Nachfrage, ebenso für Handelsgußwaren, für Abflussschalen, emaillierte Porzellan u. s. w. Verzögerungen der Arbeitszeit werden nur von einer Stelle gemeldet, Überarbeit kam dagegen mehrfach vor. Das Angebot von Arbeitskräften bewegte sich in den üblichen Verhältnissen.

Die Beschäftigung der Gusstahlwerke (Stahlformguß, Schmiedestücke, Temperstahl, Siemens-Martinstahl) wird im allgemeinen als ausreichend, vielfach als zufriedenstellend angegeben. Das Angebot von Arbeitskräften war normal, der Bedarf konnte gedeckt werden, abgesehen davon, daß es bereits seit längerer Zeit an Formern mangelt und daß brauchbare Schlosser zum Stahlgußverpusen selten sind. Hervorzuheben ist, daß der Zugang ungelerner Arbeiter aus dem Osten gegen früher erheblich nachgelassen hat. Infolgedessen ist es teilweise schwierig, für grobe Handarbeit und für die schwere Arbeit in den Feuerbetrieben geeignete Leute zu erhalten. In den Arbeitsbedingungen (Arbeitslohn, Arbeitszeit) haben erhebliche Änderungen im März nicht stattgefunden.

Die Beschäftigung der Eisenwalzwerke war im März ziemlich zufriedenstellend. Nach I-, U- und Z-Eisen bestand lebhaftere Nachfrage, ebenso nach Stabeisen. Es kam darin zum Ausdruck, daß die Arbeiter in der letzten Zeit vor dem Zustandekommen des Stahlwerkbundes mit ihren Anforderungen fast zurückgehalten hatten. Durchgängig wurde mit vollen Schichten gearbeitet, vielfach sogar mit Überstunden.

Die Besserung der Arbeitslage bei den Blechwalzwerken hat im März angehalten. Feierzschichten werden nicht mehr gemeldet und das Angebot von Arbeitskräften wird wieder als normal bezeichnet.

Günstig lauten auch die Meldungen der Werke, welche nachfolgende Stahlrohre und schmiedeeiserne Röhren herstellen. Der März brachte hier eine leichte Besserung der bereits mäßig befriedigenden Arbeitslage.

Die Nachfrage nach Fabrikaten der Drahtindustrie (Draht, Drahtstäbe, Drahtseile) war im März wie üblich sehr lebhaft.

Es wirkte diesmal auch das Zustandekommen des Stahlwerkbundes nach den vorliegenden Berichten im entgegenenden Sinne.

Der Beschäftigungsgrad in der Eisen- und Stahlwarenindustrie hat sich im März noch etwas gehoben, so daß die Arbeitslage nicht nur besser als im Vormonat, sondern auch besser als im März 1903 war.

Tüchtige gelernte Facharbeiter waren gesucht. Die Feilschleifer haben Lohnhöhung von 10 bis 20 Prozent vom 1. April an verlangt. Über die Forderung war von seiten der Fabrikanten noch nicht entschieden. Auch in der Solinger Industrie war die Arbeitslage günstiger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres und als im Februar, besonders im deutschen Geschäft, wogegen im Exportgeschäft über ungenügende Beschäftigung geklagt wird. Die vorhandenen Arbeitskräfte hatten Beschäftigung. Die Arbeitsbedingungen wiesen Veränderungen von erheblicher Natur nicht auf.

Die Arbeitslage bei den im allgemeinen Maschinenbau tätigen Werken hat sich gehoben und war im März zumeist besser als seit längerer Zeit. Ausnahmen ist davon nur der Resselbau, für den von fast allen Seiten empfindlicher Mangel an Aufträgen gemeldet wird. Tüchtige Facharbeiter, zum Beispiel Maschinenbauer oder Modellstecher, waren schwer zu erhalten, ebenso macht sich stellenweise ein Mangel an Lehrlingen bemerkbar. Für Resselarmaturen bestand gleichmäßige Beschäftigung. Die Arbeitslage der Werke, welche in diesem Zweige hauptsächlich tätig sind, war günstiger als vor einem Jahre.

Der Spezialmaschinenbau war in seinen einzelnen Vertretern naturgemäß sehr verschieden beschäftigt, zumeist aber ausreichend. Eine Verschlechterung wird nur gemeldet von Werken, welche sich mit der Ausführung von Dampfboilerleitungen und von Signalbauanfällen beschäftigen. Die übrigen Spezialbranchen berichten normale Arbeitslage. Am günstigsten sind die Verhältnisse nach wie vor im Bau von Papiermaschinen, Lasten- und Personenaufzügen und Textilmaschinen. Für Handwebstühle wird gegen Ende des Monats März eine Abschwächung gemeldet.

Im Werkzeugmaschinenbau war die Beschäftigung im ersten Vierteljahr 1904 im allgemeinen besser als im vorigen Vierteljahr und in der gleichen Zeit des Vorjahres. Zum Teil war die Beschäftigung sogar befriedigend oder gut. Im Laufe des März hat die Nachfrage hier und da etwas nachgelassen, auch sind von Ausland etwas weniger Aufträge infolge der Kriegsverhältnisse eingegangen. Eine kleinere Anzahl von Werkzeugmaschinenfabriken war sogar im März schlechter beschäftigt als im Februar und als zur selben Zeit des Vorjahres. Die Preise lassen selbst da noch zu wünschen übrig, wo die Beschäftigung eine gute war, und werden im ganzen als noch immer sehr gedrückte bezeichnet. Der niedrigste Stand scheint jedoch überwunden zu sein. — Arbeitermangel herrschte im allgemeinen nicht, doch wurde auch ein Überangebot namentlich an geschulten tüchtigen Arbeitern nicht wahrgenommen. Eine Änderung der Löhne hat im letzten Quartal im allgemeinen nicht stattgefunden, wohl aber im einzelnen eine Erhöhung; die Richtung der Löhne ist zweifellos eine steigende. Verzögerungen der Arbeitszeit haben nicht stattgefunden, dagegen waren im einzelnen Überarbeiten zur Erledigung von Aufträgen mit kurzer Lieferfrist notwendig. Im ganzen wird jedoch weniger mit Überstunden gearbeitet als im letzten Vierteljahr 1903, der Geschäftsgang ist inzwischen mehr stetiger geworden.

Die Arbeitslage im Bau landwirtschaftlicher Maschinen war normal und im allgemeinen befriedigend. Arbeitskräfte waren genügend angeboten.

Die Werke, welche im Lokomotivbau tätig sind, waren auch im März mäßig, aber doch normal beschäftigt. Gearbeitet wurde durchgängig mit vollen Schichten.

Der Eisenbahnwagenbau war durchgängig ausreichend für längere Zeit beschäftigt. Größere neue Vergebungen seitens der Eisenbahnverwaltungen lassen für einen längeren Zeitraum eine normale Beschäftigung der Branche für die meisten Werke als gesichert erscheinen.

Die Fabrikation von Maschinenteilen war im allgemeinen zufriedenstellend beschäftigt.

Die Automobil- und Fahrradindustrie wies auch im März günstige Arbeitsverhältnisse auf.

### Elektrische Industrie.

Die allgemeine Arbeitslage in der elektrischen Industrie war auch im März zufriedenstellend, wie in den Vormonaten. Das gilt zunächst für die Fabrikation von Dynamen, Transformatoren und Elektromotoren und für die Fabrikation von Starkstromapparaten. Die Nachfrage nach Akkumulatoren blieb weiter. In der Fabrikation von Bogenlampen war die Beschäftigung gut, wengleich der Jahreszeit entsprechend ruhiger. In der Kabel- und Drahtfabrikation war die Beschäftigung lebhaft, auch für Starkstromkabel. Teilweise waren in den bestehenden Werken Nachschichten erforderlich. Die Nachfrage nach Isoliermaterialien war zufriedenstellend und blieb im März noch, das gleiche gilt für die Fabrikation elektrischer Meßinstrumente. Für galvanische und elektrische Kohlen nahm die Nachfrage entsprechend der Jahreszeit, in welcher der Bedarf an Lichtkohlen immer geringer wird, ab, war aber immerhin noch befriedigend. Gut war dagegen die Beschäftigung der Werke, welche Telephonapparate herstellen, so daß vielfach mit Überstunden gearbeitet werden mußte. In den Löhnen sind Veränderungen nennenswerter Art nicht zu verzeichnen.

(Reichs-Arbeitsblatt.)

## Christliches.

Einen Notschrei erläßt die kölnische Volkszeitung, daß führende rheinische Zentrumskräfte, in Nr. 111 ihres Wieglers, des Kölner Lokalanzeigers, über die Handlungsweise der frommen Zentrumskräfte unternehmer in dem berühmten katholischen Wallfahrtsort Kevelaer. Wenn man sich die Ausführungen der Zentrumskräfte über das Koalitionsrecht der Arbeiter bei Gelegenheit der Beschäftigung der gemäßigten Eisenbahnarbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus vor Augen führt, die die kölnische Volkszeitung, das führende Zentrumskräfte, von A bis Z gutgeheißen hat, so sollte man es nicht für möglich halten, daß das Blatt sich noch herauszunehmen mag, sich als arbeiterfreundlich und als Beschützerin des Koalitionsrechtes der Arbeiter auszugeben. Wir wundern uns nicht mehr über das heuchlerische Getöse dieser Leute, wir sind dies so ziemlich gewohnt, dieses heuchlerisch-jesuitische Gebahren der Zentrumskräfte an den Branger zu stellen. Der Artikel des Blattes enthält viel Beachtenswertes, daher geben wir ihn ganz wieder:

Vom Niederrhein, 20. April 1904. Der christlichen Gewerkschaftsbewegung, in der Laufe des letzten Winters erfreulicherweise am Niederrhein immer mehr einsetzte, werden jetzt leider Hindernisse an einem Blage bereitet, an dem man es am allerwenigsten hätte erwarten sollen. Nachdem man in Kevelaer bereits Zahlstellen des christlichen Holzarbeiter-, Metallarbeiter- und Schuhmacher-Verbandes gegründet hatte, bildete sich dafelbst jüngst auch eine Ortsgruppe der Buchbinder aus christlicher Grundlage. Veranlassung dazu bot, abgesehen von dem Wunsch der christlichen Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren, auch die Tatsache, daß der sozialdemokratische Buchbinder-Verband wiederholt versuchte, in Kevelaer Fuß zu fassen und in letzter Zeit auch Mitglieder dorthin verpflanzte, eigens zu dem Zweck, für den sozialdemokratischen Verband zu agitieren. Um so mehr hätte man eigentlich doch die Organisation der Buchbinder aus christlicher Grundlage auch seitens der Arbeitgeber begrüßen sollen, zumal die Arbeiter in sehr maßvoller Weise vorgingen. Trotzdem traten einzelne Fabrikanten schon bald gegen ihre organisierten Arbeiter auf, so daß es teilweise zu einem gegenseitig recht gespannten Verhältnis kam. Erstlichsweise nahm sich nunmehr der Provinzialauschuß der rheinischen Zentrumspartei, der in seiner jüngst in Köln abgehaltenen Sitzung von den Vorgängen in Kevelaer Kenntnis erhielt, der Sache an und verhandelte durch eine Kommission mit den Arbeitgebern, was zu dem Resultat führte,

das die letzteren der Kommission gegenüber das Koalitionsrecht der Arbeiterschaft anerkannt und garantierten, daß in Zukunft keinerlei Maßnahmen wegen Zugehörigkeit zur Organisation mehr in ihren Betrieben erfolgen sollen. Leider sollte diese Zusicherung aber nur von kurzer Dauer sein, und so geht man jetzt wieder in dem einen oder anderen Betrieb gegen die Organisation angetretenen Arbeiter mit den verschiedensten Maßnahmen vor, ja, verweigert sich sogar so weit, daß man durch schriftliche Verträge die Arbeiterschaft verpflichten will, auf Jahre hinaus keiner Organisation beizutreten. Allerdings stellt man dafür eine Lohn-erhöhung in Aussicht. Aber mit Geld der Arbeiterschaft ihr wichtigstes Recht, das Koalitionsrecht, gewissermaßen abkaufen zu wollen, ist denn doch eine Maßnahme, die aller christlichen Sozialpolitik und Gerechtigkeit bitteren Hohn spricht. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß gerade in Krefelder derartige Dinge passieren können. Ein geradezu ungläubliches Maß sozialpolitischer Rückständigkeit ist es, daß sonst christlich denkende Arbeitgeber in unserer Zeit noch ihrer Arbeiterschaft das Koalitionsrecht vorenthalten können.

Der Artikel bestätigt es wieder voll und ganz, was wir immer behauptet haben: Es werden nur dort christliche Gewerkschaften gegründet, wo die freien Gewerkschaften den Versuch machen, die Arbeiter zu organisieren, so auch wieder in Krefeld. Ferner geht daraus hervor, daß dem christlichen Unternehmertum so ziemlich jede selbständige Bewegung der Arbeiterschaft, selbst die jahre christliche Gewerkschaftsbewegung, verhaßt ist. Und daß die christliche Bewegung sehr zahm und anspruchslos ist, bestätigt der Artikel ausdrücklich.

Die Zentrumsunternehmer beachten also nicht einmal die Wünsche, die ihre obersten Instanzen fassen. Wie aus dem Artikel ersichtlich, hat sich sogar der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumsparlei mit dem Vorgehen der Unternehmer in Krefeld befaßt. Ober sollte hier das Blatt geklunert haben, nur um die Arbeiter glauben zu machen, daß das Zentrum arbeit-erfreundlich ist? Sei ihm wie ihm wolle: wenn es an den Geldsack geht, so hört alle Gemütslichkeit auf, dann ist auch der christliche Grundfah: „Du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst“ eitel Dummheit. Bezeichnend ist es aber für die christlichen Gewerkschaften: um ihre Anerkennung durchzubringen, müssen sie sich an die obersten Instanzen der Zentrumsparlei wenden! Aber trotz alledem verfährt man mit ihnen wie in dem selbst geschilderten Artikel. Das Blatt wirft seinen eigenen Parteigenossen sozialpolitische Rückständigkeit vor. Ist es aber denn etwas anderes gewesen, was die Herren Brust und Konforten im preussischen Abgeordneten- haufe bei der jüngsten Debatte über das Koalitionsrecht gefagt haben? Das ganze Zentrum besteht ja aus sozialpolitischen Rück- ständigigkeit, wie es tausendfach durch seine Handlungen bewiesen hat.

Wenn die Herrn vom Zentrum, vor allen Dingen die Angehörigen der Firma Bachem, dafür eintreten würden, daß dem Arbeiter das Koalitionsrecht auch wirklich gesetzlich gewährleistet wird, dann könnte die kölnische Volkzeitung niemals mehr in die Lage kommen, einen künstlichen Notzettel vom Stapel zu lassen. Aber so lange diese Herrn nichts ernstliches auf gesetzlichem Wege tun, können sie unsere Behauptung, daß die katholischen Unternehmer auch durch- wegs Gegner selbst der christlichen Gewerkschaften sind, nicht ent-kräften. Diese Gewerkschaftsfeindschaft ist eine Tatsache, für die zahlreiche Beweise beigebracht worden sind, und für die besten Zeugen die christlichen Gewerkschaftsblätter selber sind. Der Ge- danke von der Existenzberechtigung der Arbeiterorganisationen, von der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Zentrumsunternehmern mühsam anezogen werden — durch die Arbeiter selbst, weil den Unternehmern soziales Verständnis und Gerechtigkeitsgefühl mangelt. In fälschlicher Weise wird den Arbeitern vorgebetet, daß ihre Religion bei den freien Gewerkschaften gefährdet sei, in Wirklichkeit sind diese „Apostel“ nur besorgt, daß die Arbeiter den modernen Gewerkschaften ferngehalten werden, es geht ihnen darum, daß das Heiligste, der Geldsack unangetastet bleibt. Von der Stunde an, wo der Arbeiter seine Klassenlage begriffen hat, ist es mit der An- hängerschaft zur christlichen Gewerkschaftsbewegung und zur Zentrums- partei vorbei. Nur so lange diese Herrn es noch fertigbringen, die Arbeiter zu zerpfücken, blüht ihr Weizen. Die christlichen Gewerkschaftsblätter belehren uns aber fast täglich, daß mindestens neun Zehntel der Veritalen Unternehmer Gewerkschaftsgegner sind, ganz gleich, ob es sich um freie oder christliche Organisationen handelt. Dies sollten doch endlich die Arbeiter einsehen lernen und die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. P. G.

**Aus den einzelnen Branchen.**

**Breslau.** Auch wir in der Metropole Schlesiens wollen dem Wunsche Berlins nachkommen und die Zu- und Mißstände in der Installations- und Holzlegerbranche besprechen. Voraus- zusetzen ist, daß es uns vor mehr als Jahresfrist gelang, eine ge- regelte Arbeitszeit und einen verbesserten Minimallohnsatz tariflich festzulegen. Leider aber muß man nun sehen, daß uns die Erfolge zum größten Teile durch die Gleichgültigkeit der Kollegen am Orte wieder verloren gehen. Es liegt uns fern, den Unternehmern ein Loblied zu singen. Aber wer die hiesigen Verhältnisse kennt und den Verhandlungen mit der Unternehmerschaft beiwohnte, wird zu- geben müssen, daß wir einen gewissen Einfluß gewonnen hatten. Wir könnten unsere Positionen noch voll und ganz behaupten, wenn die Kollegen alle an-Word blieben und die noch fehlenden mit heran- holten; ja, wir hätten schon bedeutend weitere Erfolge zu verzeichnen. So aber gefiel es einem Teile der Kollegen, sogar früheren Ver- trauensleuten größerer Wuben, die taum festgelegte Arbeitszeit ohne jeden Tarifzuschlag sogar auf 13 Stunden auszudehnen. Wenn man die Betroffenen dann auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise aufmerksam machte, so spielten sie den Verstockten. Ein derartiges Verhalten der Arbeiter ist den Unternehmern ein „gefundenes Fressen“. Oft bekommt man dann von ihnen zu hören: „Der Tarif wird ja von Ihren Leuten selbst durchbrochen, folglich sind wir auch nicht verpflichtet.“ Ja, leider ist das so; denn es werden Akkordpreise, Stundenlöhne und Landzulagen geboten, die fast unter dem früheren Niveau stehen. Auch die Behandlung spottet mitunter jeder Be- schreibung. Davon wissen hauptsächlich die Kollegen des Herrn Vech, dem Vorsitzenden der hiesigen Unternehmerorganisation, ein Lieb zu singen. Dieser Herr brüllt die Leute gleich früh morgens so an, daß man sich in einen Ohnentzahn versezt glaubt. Es scheint da auch besondere Beeinflussung vorzuliegen, denn die Kollegen sind dort sehr schwer für die Organisation zu gewinnen. Auch lassen uns die Kollegen der Heizungsbranche mit wenigen Ausnahmen in unserem Kampfe im Stich, trotzdem wir und sie wohl selbst am besten wissen, wo sie der Schutz drückt. Nun, Kollegen, das soll und darf nicht so bleiben; es ist die höchste Zeit, daß wir aus dieser gefährlichen Ruhe erwachen, um nicht weiter in den Sumpf zu ge- raten. Wir sind es uns selbst und den Anstrigen schuldig, die Zu- stände zu bessern. Es wird und muß uns möglich werden, auch den letzten Mann zur Organisation heranzuziehen. Dann muß es unsere heiligste Aufgabe sein, jedem seine Pflichten einzuprägeln. Wenn sich dann ein jeder bemüht, darnach zu handeln, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn wir nicht zum Ziele gelangten. Also, darum nicht zurück, sondern vorwärts! Dem Antrag Berlin auf Abhaltung einer deutschen Installations- und Holzlegerkongress stimmen wir bei. Nicht etwa weil wir glauben, daß dort jeder Mangel beseitigt und jeder Wunsch erfüllt würde, sondern, weil wir hoffen, daß dort vieles geklärt wird. B. A.

**Zur Frage der Tarifgemeinschaft der Klempner in Schleswig- Holstein.**

In dem Referat über Tarifverträge und Tarifgemeinschaften auf der letzten Generalversammlung führte der Kollege Reichel unter anderem aus: „Die Klempner haben ja bereits eine Reihe örtlicher Tarife und würde es nur nötig sein, sie nach der Art des Durchdrucker-Verbandes zu einer Tarifgemeinschaft mit Ortsaufschlägen zusammenzufassen.“ In diesen Worten steckt unbedeutend ein großes

Lob für die Klempner, wenn — ja wenn — das hier Angeführte den Tatsachen entsprechen würde. Wenigstens für Schleswig-Holstein trifft es nicht zu. Abgesehen von Altona, das ja zu Hamburger Bedingungen arbeitet, war es bisher in der Provinz nur Kiel, wo die Kollegen mit den Unternehmern einen Tarif abgeschlossen hatten. Dieser hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1906 und sieht bei 9/16stün- diger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 48 Pf., für selbständige Arbeiter einen solchen von 52 Pf. vor. Die Durchführung dieses Tarifs hat bisher noch wenig Schwierigkeiten bereitet. In letzter Zeit wurde nun verschiedentlich versucht, die Akkordarbeit mehr ein- zuführen und es fanden sich auch einzelne Kollegen, die Arbeiten im Akkord verrichteten. Nachdem sich zwei Versammlungen der Klempner in Kiel mit dieser Sache befaßt hatten, wurde beschlossen, in Zu- kunft keine Akkordarbeit mehr auszuführen. Es soll versucht werden, in den im nächsten Jahre neu abzuschließenden Tarif einen dies- bezüglichen Passus einzuschalten.

Neuerdings ist es nun auch den Klempnern in Neumünster gelungen, einen Tarif abzuschließen. Es wird dabei jetzt die Vollkalkulation durchgeführt und wollten die Kollegen die damit verbundene günstige Geschäftslage nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Daß die Lohnverhältnisse verbesserungsbedürftig waren, ergab eine Ende Februar dieses Jahres vorgenommene Umfrage. Nach dieser waren in 14 Betrieben 25 Gesellen und 12 Lehrlinge beschäftigt. Die Arbeitszeit betrug überall zehn Stunden. Es erhielten Lohn: 1 Kollege 45 Pf., 2 48 Pf., 9 40 Pf., 2 38 Pf., 8 35 Pf. und einer bei freier Station 8 Mt. Wochenlohn. Bei zwei Familienangehörigen war eine Angabe nicht zu erlangen. Für Überstunden und Sonntags- arbeit wurde nur in 3 Betrieben 5 Pf. pro Stunde, in 1 Betrieb 10 Pf. pro Stunde mehr bezahlt. In den übrigen Betrieben wurde kein Zuschlag gewährt. Es wurde darauf der Antrag ein Tarif unterbreitet, der in der Hauptsache 45 Pf. Mindestlohn, bessere Ent- schädigung bei Überstunden und Sonntagsarbeit und Regelung der Entschädigung für auswärtige Arbeiten vorschlag. Durch Verhandlung gelang es, mit der Innung folgenden Vertrag abzuschließen:

Lohnsachverhältnis der Klempner in Neumünster. § 1. Die täg- liche Arbeitszeit beträgt höchstens 10 Stunden. — § 2. Am Son- nabend vor Ostern und Pfingsten ist um 5 Uhr Feierabend, jedoch wird der Lohn für 10 Stunden bezahlt, es muß aber ohne Besper- paufe durchgearbeitet werden. — § 3. Der Mindestlohn beträgt 45 Pf. pro Stunde. Für Junggesellen innerhalb des ersten Jahres nach der Lehrzeit sowie für Fabrikations- und gewöhnliche Werkstatt- arbeiten unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen. Für solche Gesellen, welche innerhalb der ersten drei Tage wegen Unfähigkeit entlassen werden müssen, beträgt der Lohn 30 Pf. pro Stunde. — § 4. Überstunden und Sonntagsarbeit dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden. Für Überstunden bis 10 Uhr abends werden 5 Pf., für Sonntags- und Nacharbeit 10 Pf. Zuschlag bezahlt. — § 5. Bei auswärtigen Arbeiten muß das Fahrgeld vergütet werden, weitere Entschädigung unterliegt der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen. Bei Arbeit in Städten mit einem Stundenlohn von 52 Pf. und darüber sind die dort üblichen Lohnbedingungen maßgebend, es wird aber dann nur einmalige Hin- und Rückfahrt vergütet. — § 6. Aus diesem Tarif eventuell entstehende Streitigkeiten werden vom Innungsvorstand und Gesellenausschuß geschlichtet. — § 7. Dieser Tarif tritt am 1. Mai 1904 in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1906. Die Kündigungsfrist beträgt beiderseits zwei Monate, erfolgt keine Kündigung, so läuft derselbe um ein Jahr weiter. — § 8. Dieser Tarif muß in allen einschlägigen Geschäften, welche hier am Orte arbeiten ausführen, zur Durchführung gelangen. Im anderen Falle steht jedem Teil dreiwöchentliche Kündigung zu.

Wenn nun auch nicht alle Forderungen erfüllt sind, so dürfte der Erfolg für den Anfang doch genügen, besonders wenn man be- denkt, daß früher ein Durchschnittslohn von 38,4 Pf. bezahlt und jetzt ein Mindestlohn von 45 Pf. garantiert ist. Es kommen zur Zeit zirka 45 Kollegen in Betracht, denen diese Lohnhöhung ohne Kampf zugute kommt. Aber auch von einem andern Standpunkt aus betrachtet ist dieser Fortschritt freudig zu begrüßen. Gerade in den kleinen Städten hört man oft von den Kollegen den Einwand: „Es nützt ja doch nichts, was sollen wir paar Mann denn machen?“ Hier ist der Beweis erbracht, daß es doch etwas nützt, wenn der gute Wille vorhanden ist. Und es gibt meiner Ansicht nach mehr Städte in der Provinz, wo vielleicht etwas zu erreichen wäre, ich nenne Flensburg, Elmshorn, Itzehoe, Schleswig, Rendsburg. Den Kollegen in diesen Orten möchte ich empfehlen, sich einmal mit ihren Lohnverhältnissen zu beschäftigen, jedenfalls sind diese nicht rofiger wie die früheren in Neumünster. Und was dort möglich war, weshalb sollte das in Flensburg und den übrigen Städten nicht möglich sein? Erst wenn es gelungen ist, in allen diesen Orten Tarife abzuschließen, dürfen die Worte des Kollegen Reichel auch für Schleswig-Holstein zur Wahrheit werden. Deshalb, Kollegen in der Provinz, möchte ich euch zurufen: Hand ans Werk und nicht länger gezögert, laßt euch von Neumünster nicht beschämen! Str.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Für die Verwaltungsstelle in München soll ein zweiter besoldeter Geschäftsführer

angestellt werden. Die Anstellung erfolgt vorerst auf ein Jahr — vom 1. Juni 1904 — an mit einem Anfangsgehalt von 150 Mark monatlich und wird hiermit diese Stelle zur allgemeinen Bewerbung ausge- schrieben. Die Bewerber müssen agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen und in schriftlichen Arbeiten bewandert sein. Zur Bewerbung zugelassen sind nur Verbandsmitglieder, die minde- stens fünf Jahre dem Verband angehören und mit den Verwaltungs- geschäften vertraut sind.

Als Termin für die Einreichung eventueller Bewerbungen wird der 22. Mai d. J. festgesetzt. Die Kollegen, die genommen sind, sich um diesen Posten zu bewerben, werden ersucht, ihre Bewerbungss- schrift so zeitig abzusenden, daß sie spätestens den 22. Mai zu Händen des Kollegen August Wagner in München, Kapuziner- straße 22, 1. Et., ist. Selbstgeschriebene Bewerbungsschrift muß das Alter, die Dauer der Verbandszugehörigkeit, der Beruf und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Die Bewerbungsschriften sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu versehen.

Den Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführern der Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedern diene hiermit zur Kenntnis, daß ihnen gegen Ende dieser Woche folgende Druck- sachen zugehen werden: ein Exemplar der Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Former und Wieserarbeitersarbeiter Deutschlands; ein Protokoll des Seimarbeiterkongresses zu Berlin; eine Anzahl Be- richtsformulare zur Berichterstattung über alle in der Metallindustrie ohne Arbeitsstellenangabe erzielten Ver- besserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie entsprechende Anweisung dazu. Die beiden Broschüren sind für die Bibliotheken der Verwaltungsstellen bestimmt. Sollte die Sendung bis Mitte nächster Woche nicht eingetroffen sein, so ist bei uns zu reklamieren.

**Sinfichtlich der Arbeitslosenstatistik**

erzuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterjährigsberechtig sind, sich stets bei den örtlichen Verbandsstellen zu melden.

Im Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzel- mitgliedern der Hauptkategorie die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Delmenhorst die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von fünf Pfennig pro Mitglied.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 3, des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Frankfurt a. M.: Der Klempner Gottlieb Wiffener, geb. am 20. August 1888 zu Asperg, Buch-Nr. 618918, wegen unkollegialem Verhalten.

Nicht wieder aufnahmefähig ist:

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Freiberg i. S.: Der Mechaniker Anton Kunze, geb. am 2. Februar 1878 zu Freiberg i. S., wegen Veruntreuung.

Wieder aufgenommen wird auf Antrag der Feingoldschläger der Firma Wullen in Stuttgart, der Feingoldschläger Ferdinand Zimmermann, geb. am 19. Februar 1865 zu Nürnberg.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungs- weise Nichtwiedererufnahme wird hierdurch den nachstehend auf- geführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Schlosser Johann Weisdorf, geb. am 14. Sept. 1877 zu Weß, Buch-Nr. 688458, nach einem von der Verwaltungs- stelle Guden gestellten Antrag auf Ausschluß, wegen Logis- schwindeleien.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Dürer-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld veretnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Zur Beachtung.**

**Zugung ist fernzuhalten:**

- von Fahrradarbeitern nach Magdeburg (Panther) A.;
- von Feilenhauern nach Nürnberg (Merkel) D.;
- von Feingoldschlägern nach Dresden; nach Nürnberg (Wec, Siedler, 3, Christian Schmidt, Obere Meitersgasse 12; Adam Singer, Wärenschangstr.; Jean Dieß, Fürstherstr.; Michael Weiser, Paradiesstr.); nach Stuttgart (Wullen) D.;
- von Formern und Eisengießereiarbeitern nach Grimmitzschau (Schulze) M.; nach Seeltemünde-Bremerhaven (S. Ger- lach) M.; nach Neu-Müppin;
- von Klempnern nach Swinemünde (ausgenommen: Gifentant, Kirstein) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Groß-Bertel bei Sameln (Niemann & Abbeimeyer); nach Zbed (Koch'sche Schiffswerft) A.; nach Mühlhausen i. Th. (Walter & Co.) St.; nach Neu-Müppin (Fahradwerke Bartel & Haupt) St.; nach Sarstedt bei Hannover (Woh) A.;
- von Metallschlängern nach Dresden, besonders (O. Sieber in Neukaditz) D.;
- von Silberschlägern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schlossern nach Großsch. i. S. (Stengler) M.;
- von Schlossern und Drechern nach Friedrichroda (S. Schönow) M.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche über- haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- bewegung; A.: Aufsperrung; D.: Differenzen; M.: Abregelung; M.: Mißstände; K.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Der Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen An- lässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle be- steht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

**Korrespondenzen.**

**Feilenhauer.**

Leipzig. Die hiesigen Feilenhauer hielten am 23. April eine Versammlung ab, in der sie sich eingehend mit der Weisfrage beschäftigten. Die hiesigen Kollegen hatten schon früher einmal Stellung dazu genommen und es wurde in dieser Versammlung nur darüber Bericht erstattet, wie weit die Ausführung der behördlichen Verord- nung vorgeschritten ist. In mehreren Werkstätten wurden Ver- besserungen getroffen und Zinn eingeführt, zum Teil haben sich jedoch die Meister nicht bemüht, die Weisarbeit abzuschaffen. Die Leipziger Kollegen machten es sich nun zur Pflicht, mit Nachdruck dafür zu arbeiten, daß endlich einmal das gefährlichste aller Systeme abgeschafft wird. Sie haben die Wuben, in denen keine Anstalten zur Besserung vorgenommen wurden, bei der Gewerbeinspektion angezeigt, was zur Folge hatte, daß die Säumigen außer dem Gebot, Ein- führung von Zinn, ganz erhebliche Geldstrafen bezappen mußten. Wir möchten nun alle Kollegen Deutschlands auffordern, in ihren nächsten Versammlungen die Weisfrage mit auf die Tagesordnung zu setzen, und dann zu berichten, wie die Angelegenheit bei ihnen steht. — Zum Schluß möchten wir die auswärtigen Kollegen darauf hinweisen, daß sich unser Versammlungslokal nunmehr im neuen Metallarbeiterheim, Leipzig, Liebigstraße 3, befindet, wo auch unser Arbeitsnachweis vom Bevollmächtigten Meide weitergeführt wird. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem ersten eines Monats statt. Briefe sind zu richten an R. Meischer, Leipzig, Matthäikirchhof 28 B.

**Gold- und Silberarbeiter.**

Zübed. Nachdem ich in Nr. 17 unseres Verbandsorgans den Artikel über den Herrn Geschäftsführer bei F. Vollgold & Sohn in Berlin gelesen habe, kann ich nicht umhin, auch über das Geklärt, das dieser Herr im Sommer 1903 der Firma W. Knewitz in Mainz gab, zu berichten. Einem schönen Tages kam nämlich Herr Eiser aus Gmünd bei uns im Geschäft an und da sollte auch gleich jeder seine Autorität spüren. Seine erste Sorge war, daß eine neue Fabrikordnung nach Gmünder Muster geschaffen werden sollte. Ferner: damit ja niemand ein paar Minuten zu spät kommen konnte, ohne erwischt zu werden, sollte der Zutritt zur Fabrik gänzlich ab- geschlossen werden, was früher nie der Fall war. Sprechen, Pfeifen bei der Arbeit war ihm auch ein Verweil, obwohl es in allen an Herrn Eiser weniger wie nichts eingelen war. Nach 14 Tagen war der Chef zur Einsicht gekommen und hat Herrn Eiser wieder abfahren lassen, um sein Können wo anders anzuwenden. Ferner hat sich Herr Eiser durchaus nicht so ange stellt, daß er einen durchaus so- fündigen Werksführer vorkommen ließe, denn sonst hätte es nicht fertig planierte Flächen (Kontrolltische mit flachen Böden) noch während in der Reihe abgelöst, so daß sie sich ganz verzogen und nachmals gemacht werden mußten. Nachdem es bei Knewitz durch die Hilfe der Kollegen gelungen war, Herrn Eiser umzubringen, werden es wohl die Kollegen bei der Firma Vollgold auch dazu

bringen, Herr Ester wieder dorthin zu verhelfen, wo er hingehört, nämlich zum Arbeiten am Brett. Dann kann er sich ja auch von dem einseitigsten Meister alles gefallen lassen. Zum Schluß möchte ich noch auf verschiedene Ausstellungen hinweisen, die Ester vor dem Kontopersonal fallen ließ. So z. B.: „Na, die in Gmünd freuten sich ja, daß ich wegziehe, denen habe ich es auch gezeigt!“ Herr Ester hat eingesehen, daß er ohne einen solchen Meister mit seinem Personal in Frieden arbeiten kann und vielleicht wird es auch bei Volgold so werden, was nur zu wünschen wäre.

**Metallarbeiter.**

**Aue i. G.** Zwei öffentliche Metallarbeiterversammlungen wurden am 16. und 17. April in Lauter, Schwarzenberg und Pöhl abgehalten. Als Referent war Kollege Held aus Leipzig erschienen, um über das Thema: „Was lehren die großen Ausperrungen den Industriearbeitern?“ zu sprechen. Die Versammlung in Lauter war gut besucht. In der Diskussion über die hiesigen Arbeitsverhältnisse, die sehr reger war, wurden traurige Sachen zu Tage gefördert. So vor allen Dingen ist der beispiellos niedrige Lohn, der in den hiesigen Eiswerkebetrieben bezahlt wird, hervorzuheben. Derselbe bewegt sich zwischen 1,70 bis 2,50 Mk. pro Tag bei elfstündiger Arbeitszeit. Nur in ganz vereinzelten Fällen wird mehr bezahlt, meist an solche Leute, die während eines ganzen Menschenalters alles geduldig über sich haben ergehen lassen. Um ja die Arbeitsleistung des einzelnen auf das höchste anzuspannen, ist man auf das schrecklichste aller Lohnsysteme, auf das Prämiensystem, verfallen, wobei den Arbeitern, sobald sie mehr als das schon ziemlich hochgeschätzte Durchschnittslohnspenium liefern, eine Vergütung für die Mehrleistung bezahlt wird, die aber selten die Summe von 2 Mk. in 14 Tagen übersteigt. Der Überflüssige herrschen hier so viele, daß man ganze Bände darüber schreiben könnte. Erst mit dem Entfalten der Gewerkschaftsbewegung wird Wandel geschaffen werden können. Nach einem im Sinne der Diskussion gehaltenen Schlußwort des Referenten schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Versammlung. Die Versammlung in Schwarzenberg war nur mäßig besucht, jedenfalls aus dem Grunde, weil die meisten schon am Abend zuvor in der Versammlung zu Lauter gewesen waren, andere wieder deshalb fern geblieben waren, um die am Nachmittag in Lauter tagende Gewerkschaftsversammlung zu besuchen. Der Versammlungsbesuch am Nachmittage in Pöhl, wo Kollege Girthe an Stelle des Kollegen Held referierte, war den Umständen nach als befriedigend zu bezeichnen. Es mochten 100 Mann erschienen sein. War es doch die erste Gewerkschaftsversammlung, die hier im Bereich des „Pfeilhammerwerkes“ abgehalten wurde; auch legen die Leute derartigen Versammlungen gegenüber noch eine sehr große Angstlichkeit an den Tag, denn das Denunzianten- und Schmutzwesen steht in höchster Blüte. Jedoch auch hier wird der steigende Gedanke der Organisation und der Solidarität mit der Zeit immer mehr und fester Wurzel fassen. An demselben Nachmittag fand im Gasthof zum Löwen in Lauter eine Hirsch-Dundersche Gewerkschaftsversammlung statt. Unsere Kollegen waren nach einem an sie ergangenen Appell zahlreich zur Stelle. Der Referent, Herr Gleichauf aus Berlin, hielt einen Vortrag über „Wozu und Nutzen der Gewerkschaften“. Der Herr erzählte viel, was die „Hirsche“ alles tun wollen, aber doch bisher zu wenig getan haben. In dieser Versammlung mußte Herr Gleichauf doch eigentlich zu richtig zum Bewußtsein gekommen sein, daß er für eine verloren Sache kämpft. Wären unsere Kollegen, die in einer Stärke von weit über 800 Mann erschienen waren, nicht anwesend gewesen, er hätte seinen Vortrag vor einem Häuflein von circa 25 seiner Getreuen halten können. Während die freien Gewerkschaften ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung sind und es verstehen, den gegebenen Verhältnissen sich anzupassen, versuchen die „Hirsche“ eine längst müde und faul gewordene Gesellschaftsordnung konfizieren zu helfen — auf breiter liberaler Grundlage. Die Diskussion, die sich nun zwischen Herrn Gleichauf und Kollegen Held entspann, war sehr ausgiebig. Während unsere Leute bei den Ausführungen des Herrn Gleichauf die größte Ruhe bewahrten, wurde Kollege Held fortwährend von einem Gewerkschaftler durch recht geistlose Zwischenrufe unterbrochen. Mit dem Anfall der Versammlung selbst können wir zufrieden sein, denn ohne Überhebung können wir sagen, daß Herr Gleichauf nicht gut abgeschnitten hat. Besonders unbehaglich zu Hute wurde es Herrn Gleichauf, als Kollege Held dessen Verhalten im Hinblick auf die rechtliche Lage der Arbeiter und die seit dieser Zeit kein denkfähiger Arbeiter Herrn Gleichauf noch als Arbeiterführer betrachten könne. Diese Versammlung hat wieder einmal zur Genüge bewiesen, daß nur das Erscheinen der freien Gewerkschaften eine Versammlung interessant machen kann. Es sollte auch nur einmal eine kleine Generalprobe sein, um jenen Herren zu zeigen, in welcher großer Zahl die Verbändler antreten können. Sonst ist es am besten, die Hirsch-Dunderschen unter sich zu lassen; sie mögen nur weiter wuchern; wir haben Zeit, solange sie warten, bis uns ihre Mitglieder wie die reifen Äpfel in den Schoß fallen. — Nun, ihr Metallarbeiter im Erzgebirge, der Geist in diesen Versammlungen war gut und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen. Und wenn ihr auch nicht gleich dort erntet, wo ihr gesät habt, so denkt an die Zukunft, an eure Nachkommen, denen ihr verpflichtet seid, die Wege zu ebnen, auf denen es ihnen möglich sein wird, einer besseren Zukunft entgegen zu gehen. Sorgt dafür, daß der Organisationsgedanke in immer weitere Kreise dringt, läßt eure Arbeitsbrüder und Lebensgefährten darüber auf, daß das Heil der Arbeiterchaft in einer starken und mächtigen Organisation liegt und daß die Arbeiterchaft keinen anderen Freund auf der Welt hat als sich selbst. Darum hinein in die Organisation; tretet ein in die Reihen eurer für bessere Zeiten und geänderte Verhältnisse kämpfenden organisierten Arbeitsbrüder, niemand sieht heute, dann wird auch bald für das obere Erzgebirge eine bessere Zeit anbrechen, in der ihr nicht mehr als Arbeitstiere, sondern auch als Menschen betrachtet und geschätzt werdet. Dazu kann auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband verhelfen. Stärkt ihn durch massenhaften Beitritt, dann wird er das werden, was er sein soll, ein Bollwerk, dem Unternehmern zum Arz und den Arbeitern zum Schutz.

**Magdeburg.** Den Kampf der Metallarbeiter um ihr tägliches Brot schilderte am 25. April der Bezirksleiter Karl Essner in einer preiswürdigen Rede vor einer fast besetzten Metallarbeiterversammlung im Saale des Gasthofs der Drei Könige. Der Arbeiter muß fortwährend Preissteigerungen in Lebensmitteln, Wohnungen und dergleichen über sich ergehen lassen, ohne daß aber die Steigerung des Lohnes mit jenem gleichen Maß hält, und dabei muß er mit dem Arbeitsübermaß stets im Kampfe liegen, am den bei immer größerer Anstrengung seiner Kräfte immer verdienstlichen Lohn anrecht zu erhalten. Der Arbeiter, der alle Werte schätzt, der die Paläste der Reichen baut, jahraus, jahrein seine Knochen zu Marne trägt, der in Dienste des Kapitals fröhlich altend oder zum Sträppler wird, er muß sich mit der billigen, der schlechtesten Nahrung begnügen, er muß in den elendsten Wohnräumen wohnen, genannt, heißen. Die kapitalistische Produktionsweise hat auch die Frau in die Fabriken geholt, dem Manne die Hausfrau, den Kindern die Mutter geraubt, so auch ihre Kräfte nach den Kindern ausgezehrt, und der Profitgier der unersättlichen Kapitalismus schreit nicht zurück, die Kleiner im jenseitigen Alter an die Maschinen, in den Fabrikanal zu werfen, und der Arbeiter ist notwendigerweise gezwungen, alles dies zu tun, was nicht mit der ganzen Familie zu vertragen. Für die Arbeiter, ihr Vermögen verpfändende Menschen gibt es ein Gesetz, das sie unter Kanakel stellt, für den Arbeiter, der sein höchstes Gut, seine Lebenskraft, seine und seiner Familie Gesundheit leider verpfändet, verpfänden muß, erfindet ein solches Gesetz nicht. Seine Kräfte, seine Gesundheit fällt ihm veranlaßt, dem Manne an der unersättlichen Gier der verwerflichen Ausbeutung von Menschen durch Menschen Gehalt zu zahlen, kein überliches Wesen ist er, sondern der Arbeiter im Kampfe um sein tägliches Brot zu Hilfe zu kommen, nur er selbst durch die Macht seiner Organisation. Darum, Mann für Mann hinein in die Organisation, denn nur so kann dem arbeitsenden Unternehmern ein Halt zugezogen werden. Die Arbeiter sollen will, wenn dein Vater Arm es will!

**Dresden.** Bei der Firma Grieshammer, Baubeschlägefabrik, Marienburgerstraße, sind schon mehrere Male Abzüge und Maßregelungen vorgekommen. Wir hatten eine Kommission ernannt, die in einer Werkstattoersammlung gewählt war. Auf einmal wurden am 28. April 14 Mann entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Dabei sind am gleichen Tage neue Leute eingestellt worden. Unter den 14 Mann sind 6 Kommissionsmitglieder. Die Differenzen wurden untersucht und von einer Werkstattoersammlung der Streik beschlossen, nachdem die Einstellung der Entlassenen abgelehnt worden war. Am 26. April waren von 176 Arbeitern nur 14 zur Arbeit angetreten, diese schickte Herr G. um 8 Uhr auch fort. Die darauf von uns eingeleiteten Unterhandlungen förderten folgende Einigungsbedingungen zu Tage: 1. Die am 26. April entlassenen Arbeiter werden alle sofort wieder eingestellt. 2. Bei Arbeitsmangel wird entweder für alle Arbeiter oder in einzelnen Abteilungen die Arbeitszeit verkürzt. 3. Herr Grieshammer verpflichtet sich, mit der Arbeiterkommission alle Differenzen größerer Art sowie Umänderungen der Arbeitsweise zu regeln. 4. Wenn sich Arbeiterentlassungen absolut nötig machen, soll damit bei den zuletzt eingestellten begonnen werden, sofern nicht Gründe hinsichtlich der Leistung und Führung einzelner Arbeiter Abweichungen von dieser Regel rechtfertigen. 5. Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsorganisation sowie die Tätigkeit als Kommissions- oder Arbeiterauschüßmitglied darf nicht ein Entlassungsgrund sein. — Von den in Streik getretenen Arbeitern gehörten 136 dem Metallarbeiter-Verband, 7 dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft, 2 dem Grauer-Verband an; 81 sind nicht organisiert, es sind dies meist Hilfsarbeiter, Mädchen oder jugendliche Arbeiter.

**Frankfurt a. M.** Endlich kommt mehr Bewegung unter die Metallarbeiter am hiesigen Platze. Besonders die Baufloßer haben durch ihre Branchenkommission eine lebhaft Agitation entfaltet, und nahm bereits eine stark besuchte Bau- und Kunstschlosserversammlung zu einer eventuellen Lohnbewegung Stellung. Kollege Weinländer schilderte an der Hand reichhaltigen Materials die Zustände, die berart sind, wie man sie nicht für möglich halten sollte. Werden doch ausgearbeiteten Schlossern 15 und 20 Pfg. Stundenlohn geboten; aber auch der Lohn für ältere tüchtige Arbeiter übersteigt kaum 40 Pfg. pro Stunde, Wöhne von 60 Pfg. sind Ausnahmen. Werkstättenverhältnisse und Behandlung lassen überall viel zu wünschen übrig. In der Diskussion konnte Kollege Zirkelbach konstataieren, daß zum ersten Male eine öffentliche Bau- und Kunstschlosserverammlung stattfand. Er ermahnte die Kollegen, tüchtig zu agitieren, damit wir bald mit einem Tarif an die Meister herantreten könnten; zeige sich doch schon durch die Einberufung der Versammlung, daß einzelne Meister ihren Gefellen eine Lohnzulage gewährten. Die lebhaft Diskussion vervollständigte das traurige Bild von den schlechten Verhältnissen, unter denen die Bau- und Kunstschlosser leiden. Es soll alles aufgeboten werden, die in-differenten Kollegen dem Verband zuzuführen, damit endlich menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können. — In den Großbetrieben waren es die Dreher der Adlerwerke, die gegen die fortwährenden Affordabzüge, Überstunden und das rigorose Strafsystem Front machten. In zehn Versammlungen haben die einzelnen Abteilungen Stellung dazu genommen und ist es zum ersten Male gelungen, daß die Direktion den Wünschen und Beschwerden der Arbeiter entgegen kam. Die Kommission, die zu den Unterhandlungen gewählt worden war, gab in einer überfüllten Versammlung am Montag den 11. April Bericht über die statt-gefundenen Verhandlungen. Die Versammlung erklärte sich nach äußerst scharfer Diskussion mit geringer Mehrheit damit einverstanden, die Zugeständnisse als Abschlagszahlung annehmen zu wollen. — In der Metallgießerei von Patric kam es wegen angebotener Affordabzüge zu Differenzen. Es gelang nicht nur die Abweisung der Abzüge, es wurden vom Unternehmer auch Zugeständnisse in bezug auf bessere Einrichtungen wie: Formkasten, Schränke, Ventilationseinrichtung gemacht. Die dort beschäftigten 24 Formner gehören sämtlich dem Verband an und können geradezu als Muster gelten. In der Eisengießerei von Müns kam es vor kurzem wegen Affordabzügen zu Differenzen. Auch diese Abzüge konnten verhindert werden. Es muß aber auch gesagt werden, daß, solange die Formner ihre traurige Lage nicht besser erkennen, an einen durchgreifenden Erfolg nicht zu denken ist. Nur in der Eisengießerei Magyarth können die Afford- und Arbeitsverhältnisse als zufriedenstellend bezeichnet werden. In fast allen anderen Gießereien sind mehr oder weniger schlechte Verhältnisse, zum Teil verdienen Formner in Afford noch nicht 20 Mk. die Woche. Daher kommt es wohl auch, daß zum Beispiel zugereifte Formner in Hohenheim kein Logis bekommen, so daß sie gezwungen sind, abends zum Schlafen in die Gießerei gleich Einbrechern zu gehen, um wenigstens einige Stunden ruhen zu können. Aufgewacht ihr Formner! Vervollständigt eure Organisation, dann werdet ihr auch menschenwürdige Verhältnisse erlangen können. — In der Summwarenfabrik von Louis Peter kam es in letzter Woche wegen Durchbrechung des Affordtarifs zu ersten Differenzen. Die Unterhandlungen zwischen den Herren Direktoren und der Verbandsleitung zeitigten das Resultat, daß die Affordarbeit abgelehnt und dafür ein Mindestlohn für Dreher über 20 Jahre von 50 Pfg. pro Stunde, für Dreher unter 20 Jahren ein Mindestlohn von 42 Pfg. eingeführt wurde. — In der Fabrik elektrischer Apparate von Voigt & Häfner (Hohenheim) ist wegen Einführung eines Prämiensystems eine lebhaft Bewegung. Diese Maßgebung, die den Arbeitern vorgelegt worden ist, wird bereits „Bodener Prämiensystem“ genannt. Danach wird den Arbeitern, wenn sie in Afford etwas verdient haben, der Affordüberschuß zur Hälfte abgezogen, und wenn die Arbeiter mit ihrem Afford nicht auf den Lohn kommen, was bei vielen Afforden regelmäßig vorkommt, so müssen die Arbeiter noch Geld mitbringen. Doch darüber in der nächsten Nummer näheres. — Diese Bewegungen und die lebhaft Agitation in allen Branchen tragen gute Früchte, indem unsere Mitgliederzahl auf über 3200 gestiegen ist.

**Sotha.** Am 16. April fand im Antersaal eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die leider nur mäßig besucht war. Im ganzen waren 100 Personen anwesend. Kollege Wop-Magdeburg referierte über das Thema: Welche Gewerkschaftsorganisation nimmt die Interessen der deutschen Arbeiter wahr? Redner kam speziell auf die Ursachen des Entstehens der verschiedenen Organisationen zu sprechen, wobei er an der Hand reichhaltigen Materials die Aufgaben des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an seine Mitglieder im Gegensatz zu den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften vor Augen führte. Bei manchen Kollegen werden diese Zahlen nicht so leicht vergessen werden. Haben sie uns doch gezeigt, was die Opferfreudigkeit der Mitglieder der freien Gewerkschaften bestreiten kann. Ferner stellt Redner fest, daß nur unter der Devise: Einier für alle und alle für einen der Deutsche Metallarbeiter-Verband in der letzten Zeit seines Bestehens zu seiner jetzigen Größe gelangt ist. Wenn auch der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft noch einmal und noch länger bestände, so könnte er doch nicht an diese Ausgaben (Unterstützungen an die Mitglieder) bei Streiks, Arbeitslosigkeit, Unruhen und Unterstützungen in Krankheitsfällen mit herantreten. Nur die freien, modernen Gewerkschaften, welche sich es zur höchsten Aufgabe machen, für bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse ihrer Mitglieder einzusetzen, hätten den Beweis einer unbedingten Notwendigkeit erbracht. Diese Resultate können aber auch nur erzielt werden, wenn man zu den Ausgaben feld die Einnahmen (Beiträge) in ein richtiges Verhältnis stellt. Im Laufe seines Vortrages kam Redner noch auf den Streik bei Mehlisch (Berlin) zu sprechen, wobei er das Gebahren der Hirsch-Dunderschen kennzeichnete. Ebenso den jüngsten Fall in Magdeburg, wo es sich um Verkürzung der Arbeitszeit handelte, die Hirsch-Dunderschen aber nicht mitmachten, die Petition einsehend nicht unterschrieben. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hieran schloß sich eine Diskussion, in welcher ein Hirsch-Dunderscher Vereinsmitglied feststellen wollte, daß der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft nicht unter dem Protektorat der bürgerlichen Parteien entstanden sei, ebenso läne der Referent den Beweis nicht erbringen, daß der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft zur Fortschrittspartei gehöre. Aber die Schuld treffe den Deutschen Metallarbeiter-Verband, daß sich der Arbeitgeberverband gebildet

hätte. (Dieser Gewerkschaftler hat wohl keine Ahnung, welche Schmeichelei er damit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband gesagt hat. Die Red.) Hierauf sprachen noch einige Kollegen sich über das Verhalten des hiesigen Hirsch-Dunderschen Vereins bei besonderen Gelegenheiten aus. Folgende Resolution wurde gegen eine Hirsch-Dundersche Stimme angenommen: Die Anwesenden nehmen es sich zur Aufgabe, zu jeder Zeit, wo immer es sei, Mitglieder für den Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuwerben, da nur im Deutschen Metallarbeiter-Verband die Interessen der Metallarbeiter vertreten werden.

**Rottbus.** Eine vom Gewerkschaft einberufene „große“ öffentliche Versammlung fand am 23. April hier statt. Herr Schuhmacher-Berlin sprach über: Die wirtschaftliche Krise und die Stellung der Gewerkschaften. In der Diskussion ergriß Kollege P. Koch, der hiesige Bevollmächtigte des Metallarbeiter-Verbandes, das Wort. Er führte aus, es sei bedauerlich, daß es noch immer Arbeiter gebe, die in der Mitgliedschaft zum Gewerkschaft das Heil fänden. Die Gewerkschaften, geleitet von Männern, die Führer der „freistimmigen“ Volkspartei seien, seien nicht berufen, die Arbeiterchaft in ein gelobtes Land zu führen, da doch gerade diese Herren die Gewerkschaften als Stornobock gegen die Sozialdemokratie jederzeit benutzt hätten. Hierauf entstand große Unruhe in der nur von Mitgliedern des Gewerkschafts besuchten Versammlung. Der Referent Schuhmacher sowie Herr Käde (früher Geschäftsführer im Arbeiterkonsumverein Rottbus) „vernichteten“ nun unseren Kollegen Koch mit Schlagworten, wie: Terrorismus, sozialdemokratische Gewerkschaften, die Krankenkassen und Konsumvereine beherrschen (es schmerzt Herrn Käde offenbar, die gute Stellung im Konsumverein verloren zu haben, gerade aber infolge seiner Unbuddisamkeit etc.), Judaslohn betr. der 6000 Mark in Nürnberg etc. Kollege Koch bekam nochmals das Wort und führte die Herren gründlich ab. Er wies besonders auf das jämmerliche Verhalten des Gewerkschafters in Berlin bei Mehlisch hin und widerlegte die Unverschämtheit, mit der die Gewerkschaftler mit dem „Judaslohn“ haufieren gehen. Zum Schluß forderte er die Erschienenen auf, in der demnächst stattfindenden allgemeinen Metallarbeiterversammlung recht zahlreich zu erscheinen sowie das eingehängte Flugblatt recht aufmerksam zu studieren.

**Süßeb.** Der Streik der Mieter und die Ausperrung auf der Werk von Henry Koch in Elbed. Die Arbeitsverhältnisse auf der Werk haben den Mietern schon seit Jahren Unlab zu Klagen. Da die Mieter aber nicht gut organisiert waren, konnte an die Beseitigung der Mißstände nicht herangegangen werden. Das veranlaßte die Mieter, eine rege Agitation unter sich vorzunehmen und blieb der Erfolg nicht aus, so daß sie jetzt alle organisiert sind. Da nun in der letzten Zeit die Werk mit Reparaturarbeiten und Neuarbeiten vollauf beschäftigt war, stellte sie eine Anzahl Arbeiter ein, jedoch zu einem weit geringeren Lohnsatz wie vorher. Da dieses auffällig war, berief man eine Werkstattoersammlung ein und es entspann sich eine lebhaft Debatte. Man war der Ansicht, die Direktion werde die älteren Arbeiter mit höheren Lohnsätzen so nach und nach entlassen, um so auf den Lohn drücken. Es wurde eine Kommission eingesezt, die mit den Gewerkschaften in Verbindung treten sollte, um eventuell Gegenmaßnahmen zu ergreifen. In einer kombinierten Sitzung wurde der Kommission der Rat erteilt, ein scharfes Auge auf die Dinge zu haben und den Gewerkschaften rechtzeitig Bericht zu erstatten. Es wurde sehr viel in Afford gearbeitet, jedoch standen die Affordsätze so, daß auf eine reelle Art nichts dabei zu verdienen war und man zu der Methode des Lohnschreibens überging, daß man täglich ein paar Stunden auf andere Arbeiten schickte und auf solche Art den Afford verdiente, oder man schrieb sich selber ein paar Hundert Mietern gut. Dieses System ist ja sonst an und für sich ganz gut, wenn nur nicht die Arbeiter von der Raune und Willkür der Meister abhängig sein würden, der eine erhält eben etwas, der andere nicht. Ein weiterer Uebelstand war der des Stellengebäues. Die Mieter haben sich alle Stellagen selber zu bauen; während man früher die dafür verwendete Zeit bezahlt erhielt, ging man in letzter Zeit dazu über, ihnen eine bestimmte Zeit dafür festzusetzen. Und zwar wurden für jede Stellage zwei Stunden gerechnet. Daß man in dieser Zeit nicht imstande war, die Arbeit zu bewältigen, kümmerte die Meister nicht. Um mit diesen Zuständen zu brechen, wurde in der Werkstattoersammlung die Lohnkommission beauftragt, einen Lohn- und Affordtarif auszuarbeiten. Dieser Tarif forderte: 1. Für sämtliche Reparaturarbeiten 25 Prozent Aufschlag; 2. für sämtliche Überstunden, wozu auch Nachschichten gehören, sind 50 Prozent, ob in Lohn- oder Affordarbeit wird, zu zahlen; 3. für sämtliche Mietern 1 Mk. Aufschlag pro Hundert; 4. alle Stellagen müssen von fachkundigen Leuten gebaut werden. Es sind zu bauen zwei Durchgangsstellagen, eine Mittelschiffs- und eine obere Stellage, dieselben dürfen nicht eher fortgenommen werden, bevor das Schiff vom Stapel gelassen wird. Im Schiff ist alles mit einer Balkenlage abzudecken. Bei Erfüllung dieser Forderung fällt das Lohnschreiben fort; 5. für Böcher aufreiben:  $\frac{1}{2}$  Zoll 5,25 Mk.,  $\frac{1}{4}$  Zoll 4,75 Mk.,  $\frac{1}{8}$  Zoll 3,50 Mk. pro 1000 Böcher, für Bohrer:  $\frac{1}{8}$  Zoll 8 Pf.,  $\frac{1}{4}$  Zoll 7 Pf.,  $\frac{1}{2}$  und  $\frac{3}{4}$  Zoll 6 Pf. pro Stunde Lohn zu erfolgen. Dieser Tarif wurde der Direktion nun unterbreitet und am 8. April wurde der Kommission mitgeteilt, daß die Direktion folgende Punkte bewilligt hätte: 1. Für Überstunden und Nachschichten werden, ob Lohn oder Afford, 50 Prozent auf den Stundenlohn bezahlt; 2. Sämtliche Werkstattoerde erfahren eine fünfprozentige Erhöhung; 3. die Stellagen für die Mieter werden in Zukunft wie gewöhnlich hergestellt, so daß das bis dahin übliche Lohnschreiben fortfällt. Die unter 1 und 2 angeführten Positionen gelten für sämtliche Kategorien unserer Arbeiter. Am selbigen Tage legte die Kommission diesen Bescheid der Versammlung vor. Diese lehnte das Angebot ab, da die Direktion nicht auf die Punkte 1 und 6 eingegangen war. Der Kommission wurde eine Resolution folgenden Inhaltes mit auf den Weg gegeben, um auf Grund derselben mit der Direktion erneute Unterhandlungen anzuknüpfen zu können: „Die heutige Versammlung der Mieter erblickt in dem Angebot der Direktion statt einer Verbesserung eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse und ersucht die Direktion um weitere Zugeständnisse.“ Die Direktion ließ nun die Kommission wieder rufen und erklärte: „Wir haben Sie rufen lassen, um mit Ihnen den Stellagenbau zu besprechen, wie Sie das gehandhabt wissen wollen.“ Die Kommission erklärte, daß einige fachkundige Kollegen ange stellt werden müßten, denen man eine oder zwei Stunden vorher Bescheid gebe, damit sie die nötige Arbeit vornehmen. Der Direktor erklärte, daß er sich mit den betreffenden Mietern in Verbindung setzen werde, um das nötige anzuordnen, nur verstände er es nicht, daß die Mieter in der Bewilligung der Direktion statt einer Verbesserung eine Verschlechterung ihrer Verhältnisse erblickten. Nachdem der Direktor hierüber von der Kommission aufgeklärt war, meinte er: „Man könne doch nicht verlangen, daß man gleich 25 Prozent Aufschlag gewähre. Übrigens gehört ja uns die Werk und wir machen was wir wollen. Ich werde Ihnen näheren Bescheid geben.“ In den weiteren Verhandlungen am andern Tage erklärte der Direktor, daß der Stellagenbau jetzt so gehandhabt werden sollte: Die Mieter bauen ihre Stellagen nach wie vor selbst, schreiben pro Tag 10 Stunden Afford und es wird ihnen bei Schluß des Tages eine halbe Stunde in Anrechnung gebracht; das macht bei einem Afford von 140 Stunden = 7 Stunden. Nach Adam Niese ja ganz richtig gerechnet. Jedoch hatten die Mieter sonst 14 Stunden bei einem solchen Afford geschrieben, das heißt nur für Stellagenbau. Wo sie jetzt die andere Zeit hernehmen sollten, war für sie ein Rätsel. Die Mieter haben nämlich sonst, bevor sie einen Afford angingen, bei den Vorarbeiten schon stets 15 bis 20 Stunden Lohn geschrieben und auch in der Zwischenzeit, wie schon vorher erwähnt, auf andere Arbeiten, um nur zu einem ausreichenden Verdienst zu gelangen. Auf dieses wurde jedoch von der Direktion nicht eingegangen, sondern man halte sich nur an das, was in den Büchern stehe, und darin ist allerdings nicht mehr enthalten als die während der vollen Affordzeit geschriebenen Lohnstunden für Stellagenbau, da die Zwischenarbeiten hier nicht mit aufgeschribt werden. Aus diesem allen geht klar und deutlich hervor, daß die Mieter mit ihrer Resolution völlig recht hatten. Zu einer

**Öffentlichen Werftarbeiterversammlung, in welcher Stellung zu der Forderung der Mieter genommen wurde und in der man diese Forderung sympathisch begrüßte, nahm man einstimmig eine Resolution an des Inhaltes:** „Die heute tagende öffentliche Werftarbeiterversammlung ist mit den Forderungen einverstanden und beauftragt die Lokalkommission der Mieter, noch einmal bei der Direktion vorzutreten zu werden, ehe sie die Arbeit niederlegen.“ Auch diesem ist die Lokalkommission nachgegeben, jedoch wurde sie von der Direktion scharf abgewiesen und sahen sich die Mieter nunmehr gezwungen, die Arbeit niederzulegen. In der Voraussetzung, daß man nun mit der Aufsperrung wohl nicht lange warten würde, beschloßen die Streikenden, weitere Unterhandlungen anzubahnen, um, wenn nur noch ein geringes Zugeständnis von der Werkst erfolgen würde, die Aufsperrung zu verhindern. Aber leider blieb alles erfolglos. Auch die ultimative Forderung, die Innemietern den Außenmietern gleichzustellen, lehnte die Werkst scharf ab. Man sieht, daß man hier nur wieder auf den Herrn im Hause hinweist. Und so wurden die übrigen Arbeiter der Werkst ausgesperrt. Insgesamt trifft die Aufsperrung circa 800 Mann, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband 178. Am 27. April fand eine Verhandlung mit dem Direktor durch Vermittelung des Fabrikinspektors statt, die aber resultatlos verlief.

**Kangenburg.** Vergänglich wird in Deutschland eine Stadt gesucht werden, wo die Krise in der Metallindustrie so dauern und so intensiv gemittelt hätte als in Kangenburg. Was an Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis während dieser Zeit geleistet wurde, davon hat die Metallarbeiter-Zeitung wiederholt Stichproben gebracht. Im selben Maße wie die Verschlechterungen Krieg aber auch der Haß der Arbeiter gegen die, die vor der Krise jede Lohnaufbesserung mit dem Hinweis auf das „Risikostragen“ in schlechten Zeiten ablehnten und während dieser schlechten Zeiten nicht nur nicht das Risiko trugen, sondern auf Kosten der Arbeiterschaft immer noch ganz nette Verdienste herauswirtschafteten. Kein Wunder, daß jetzt, wo endlich wieder eine bessere Zeit angebrochen ist, die Arbeiterschaft nun auch Besserung verlangt. So ist es denn in den letzten Wochen hier zu einer Anzahl Lohnbewegungen gekommen, die durchwegs zugunsten der Arbeiterschaft ausfielen. Bei der Mehrzahl sind ohne ernstlichen Kampf, durch Eingaben der Ortsverwaltung oder durch Wahl einer Kommission in einer Fabrikversammlung, die die nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft überbrachte und so weiter, Verbesserungen erzielt worden. So unter anderem bei den Firmen A. Angenheisen, Otto Gruson, Jörning & Sauter, Gebrüder Förster, Koch, Pantelmann & Paasch. Die Kollegen der letzten drei Geldschrankefabriken haben in gemeinsamer Beratung einen Tarif ausgearbeitet und ihren Arbeitgebern unterbreitet. Zwei Firmen haben ihn mit einigen Änderungen akzeptiert. Die eine Firma, Sommermeier & Co., wo es deshalb zu einem zweitägigen Ausstand kam, hat ihn auf ein Jahr, die andere, H. Arzel, ohne Ausstand auf drei Jahre abgeschlossen. Bei der dritten Firma, F. C. Behold, finden noch Verhandlungen statt. (Wir werden nach Abschluß darüber berichten.) Bei drei Firmen kam es weiter zur Arbeitsniederlegung. Die Firma F. Ergang gabstun gelernte und ungelernete Arbeiter Löhne, die nicht mehr zu rechtfertigen sind. Die Löhne der gelernten Arbeiter gehen bis auf 28 Pf., die der ungelerneten auf 22 Pf. herunter. Dazu kommt, daß während des ganzen Sommers Überstunden ohne Extrabehaltung verlangt werden. Dazu eine empörende Behandlung einzelner Beamten. Da der Arbeiterausschuß abgewiesen wurde, kam es zum Ausstand von circa 100 Kollegen, der vier Tage dauerte. Erzielte wurde eine allgemeine wenn auch mäßige Lohnerhöhung, für gelernte Arbeiter ein Mindestlohn von 30 Pf., die Bezahlung für Überstunden mit 1 Pf. Zuschlag, Beseitigung anderer Mißstände, keine Maßregelung. Auch bei Garrett, Smith & Co., wo in letzter Zeit erhebliche Akkordabzüge gemacht worden waren, kam es zu einem zweitägigen Ausstand der circa 600 Kollegen. Die Kollegen erzielten hier die möglichste Beseitigung der Überstunden und ihre Bezahlung mit einem Zuschlag von 10 Pf., eine durchgreifende Akkordregulierung, die sofort in Kraft genommen werden soll und die Zuficherung der Befreiung einer ganzen Reihe von Mißständen. Es wird an der Betriebsleitung liegen, ob sie das Versprochene streng einhält, wenn nicht in kurzer Zeit die Kollegen dann allerdings umso hartnäckiger im Kampfe stehen sollen. Interessant ist hier, daß 16, schreibt sechzehn, Zentralverbände Mitglieder in diesem Betrieb haben, ein Anflug, der unter allen Umständen zu befürchten ist. — Nur bei einer Firma hat die eingeleitete Lohnbewegung, bisher wenigstens, nicht ein erfreuliches Ergebnis gehabt. Das Pantherfahrradwerk hatte vor drei Jahren schon einmal wegen der plötzlichen als Maßregelung erkannten Entlassung von 30 der älteren Kollegen einen heftigen Kampf durchzuführen, der nach zehn Wochen allerdings zugunsten der Arbeiter beendet wurde. Die Fabrik ist nachher in die Hände eines Herrn Bornbaum in Frankfurt übergegangen, doch sind einige der Beamten zu damals auch heute noch im Betrieb und haben die Veranlassung zu diesem neuen Konflikt gegeben. Wer hier Koch und wer Kellner ist, ist nicht festzustellen. Die kaufmännischen Beamten treffen Anordnungen in technischer Hinsicht. Meister und Arbeiter fühlen sich gleichermaßen unglücklich. Vor allem sollten immer und immer wieder Akkordabzüge den Schaden auf anderer Seite wettmachen. Nur unter denkbar größter Anstrengung und unter Zulissenahme von sonderbaren Manipulationen konnte noch ein Verdienst von im Durchschnitt 23,50 Mk. erreicht werden. Dabei geht der geringste Verdienst auf 9 Mk., der höchste auf 30 Mk. Daß dieser Durchschnittsverdienst nicht zu hoch angegeben ist, wird jeder bestätigen. Trotzdem sollten neue Abzüge von 20 bis 45 Prozent durchgeführt werden, und dagegen wehrten sich die Arbeiter. In einer Fabrikversammlung wählten sie eine Kommission, die dem Chef selbst die Wünsche unterbreiten sollte. Sie war aus älteren Fachleuten zusammengesetzt, um gleich ein sachgemäßes Urteil abgeben zu können, an welchen Arbeiten eventuell ein Abzug möglich, an welchen dies aber unter keinen Umständen mehr geschehen könne. Auch die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes benachrichtigte Herrn Bornbaum von dem Vorhaben der Arbeiter unter sachgemäßer Begründung der einzelnen Punkte. Herr Bornbaum erwiderte, ließ die Kommission rufen, diese aber gar nicht recht zu Worte kommen, sondern erklärte: Es bleibt dabei, er werde es keinem, wenn er geben wolle, er müsse in nächster sowie so Leute entlassen, vielleicht seien sogar Kommissionsmitglieder dabei, das sei aber nicht als Maßregelung aufzufassen. Sie möchten die Arbeiter zusammenrufen und ihnen die Antwort ihres Chefs mitteilen. Die Arbeiter waren im höchsten Grade erregt als sie diese Antwort erfuhren. Sie glaubten, der Chef habe wieder durch die Beamten eine verkehrte Auffassung bekommen. Damit nun auch die auswärtigen wohnenden Kollegen an der Versammlung teilnehmen konnten, weil ferner an den drei nächsten Tagen schon um 6 Uhr Fabrikversammlungen angefangen waren, die Aufregung jedoch eine sofortige Versammlung verlangte, wurde diese auf den nächsten Tag um 4 Uhr angelegt, mit dem Bemerkten, daß jeder Arbeiter sich Urlaub geben lassen solle. Die ersten, die diesen Urlaub verlangten, wurden sofort zurückgewiesen und sogleich folgte ein Anschlag: Wer zur angelegten Zeit zur Versammlung gehe, habe die Entlassung zu gewärtigen. Das erbitterte die Arbeiterschaft noch mehr, denn da eine große Zahl Entlassungen erfolgen sollten (der Betriebsleiter Werner hat dem Kollegen Brandes später die Zahl auf 100 angegeben), konnte doch die Arbeit nicht derartig dringend sein. Circa 150 erschienen also zur festgesetzten Zeit, hörten den Bericht der Kommission an, verlangten von dieser, daß sie nochmals die berechtigten Forderungen dem Chef vortragen möchte. Sie fragten zugleich an, ob die im Anschlag angekündigte Entlassung wirklich erfolgt sei und erhielten eine bejahende Antwort. Jede weitere Verhandlung mit der Kommission wurde abgelehnt. Auch die Verhandlung, die der Kollege Brandes mit der Betriebsleitung hatte, führte zu keinem Ergebnis. Desgleichen wurde die Vermittlung des Vorsitzenden vom hiesigen Gewerbeamt abgelehnt. Die Firma hat also die Leute ausgesperrt, vom Arbeitsnachweis der Metallindustrie wird den Ausgesperrten ein Arbeitschein nach einer anderen hiesigen Firma, wo die Leute gern angenommen würden, verweigert. Leider hat das Pantherwerk eine große Zahl Arbeiter gewonnen, die den verlockenden Mitteilungen der Agenten, mit

schlechten und so Verrat an ihren Mitarbeitern üben. Sie sahen sich aber bitter getäuscht; mit 28, 30 Pf. pro Stunde sind sie am Sonnabend abgesperrt worden und werden nun in Wut nicht einmal diesen Verdienst erreichen. Aber wie das Produkt aussehen wird, das kann sich jeder denken. Wurde doch schon den alten Arbeitern von dem Vorgesetzten gesagt: „Es muß billiger werden, sie müssen dann nicht mehr die Sorgfalt darauf verwenden.“ Jedenfalls hat die Gesamtarbeiterschaft, und nicht nur diese, kein Interesse an der Erhaltung eines Betriebes, dessen Produkte nicht mehr die Güte haben können und dessen Arbeiterschaft unter jämmerlichen Bedingungen ihre Arbeit verrichten muß.

**Schlosser und Maschinenbauer.**

**Bruchsal.** Zugang von Bauschlossern ist von der Werkstat Rößelstab ferngehalten.

**Hannover.** Eine öffentliche Schlosserversammlung, die einen außergewöhnlich starken Besuch aufwies, tagte am 28. April im Ballhof. Kollege Vorhölzer referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlossergesellen von Hannover-ünden an der Hand eines reichen Materials, das durch eine kürzlich seitens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vorgenommene Statistik gewonnen war. Er führte aus, daß diese Statistik geradezu ungläubliche Zustände aufgedeckt habe, gegen die mit aller Energie Front gemacht werden müsse. So seien von 180 ausgegebenen Fragebogen 124 eingegangen, doch seien darunter noch solche von 12 Betrieben, in denen überhaupt niemand neben dem Meister beschäftigt sei, ebenso sei von Werkstätten, von denen keine Fragebogen eingingen, anzunehmen, daß auch dort keine weiteren Personen neben dem Meister arbeiten. In den verbleibenden 112 Werkstätten, und wir möchten hierbei gleich bemerken, daß nur Meister und keine Fabriken in Betracht kommen, sind 1082 Personen insgesamt beschäftigt — davon gelernte Arbeiter 486, ungelernete 189, wovon wieder circa 100 in einem Betriebe tätig sind — und 457 sind Lehrlinge, in 28 Betrieben sind allein 81 Lehrlinge beschäftigt und keine Gesellen! Die 486 Gesellen sind also in 96 Werkstätten beschäftigt, in welchen nebenbei noch 376 Lehrlinge arbeiten. Die Lehrlingszuchterei ist eine derartige, daß in einer ganzen Reihe von Werkstätten 5, 6, 7, 12 ja 17 Lehrlinge ausgebildeten Lehrlinge minderwertige Gesellen werden, so darf sich niemand dabei wundern, zu bedauern ist nur, daß dieses große Angebot junger, mindergut ausgebildeter Gesellen unter allen Umständen lohnträchtig wirken muß. Eine Beförderung ist unter den gegebenen Verhältnissen jedoch nicht zu erwarten, da eine Lohnbegrenzung nach unten überhaupt nicht existiert, und den Meistern es eben gleichgültig ist, ob die Leute etwas lernen. Nach der Lehre geben die Meister den jungen Gesellen unter der Vorpiegelung, sie noch „weiter auszubilden“, nur einige Pfennige Lohn. Die Angaben über die Löhne, die bezahlt werden, weisen geradezu traurige Zustände auf. So verdienen 51 Mann 16 bis 25 Pf. die Stunde, 48 26 bis 28 Pf., 84 29 bis 30 Pf., 45 31 bis 33 Pf., 78 34 bis 36 Pf., 65 37 bis 40 Pf., 34 41 bis 43 Pf., 43 44 bis 47 Pf., 17 48 bis 50 Pf. und 14 über 50 Pf., so daß der Durchschnittslohn 34 1/2 Pf. pro Stunde beträgt; jedoch ist zu bemerken, daß 306 Mann nur einen Durchschnittsverdienst von jährlich 80 1/2 Pf. erreichen und nur 178 Mann einen solchen von 42 und 43 Pf. Überstunden, die häufig vorkommen, werden nur in zwei Werkstätten mit Zuschlag bezahlt, und auch in Kost und Logis beim Meister arbeiten noch 7 Gesellen in 4 Betrieben. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich, wenn man von den vielen Überstunden absteht, 10 Stunden, doch wird in einer Werkstätte auch noch 11 und in 3 Werkstätten 9 1/2 Stunden täglich gearbeitet. Ein böses Bild für einzelne Werkstätten entrollte die Erhebung über die hygienischen Zustände. Besonders in der Werkstätte von Dietrich, Bischofsholerdamm, bestehen die Verhältnisse, die nicht zu schildern sind. Ebenso wird über die Behandlung der Arbeiter vielfach geklagt und über die unpünktliche Lohnzahlung. Der Referent schloß seine oft mit Beifall aufgenommenen Ausführungen damit, daß es höchste Zeit sei, gegen die bestehenden Zustände einzuschreiten, und er schlug vor, daß die Versammlung den Gesellenausschuß damit beauftragen möge, gemeinsam mit der Verwaltung des Metallarbeiter-Verbandes zur Abstellung der miserablen Zustände Vorschläge auszuarbeiten, die einer benachteiligten Versammlung zu unterbreiten sind, die dann das Weitere zu beschließen hat. Vor allem aber sei es Pflicht der Anwesenden, soweit sie noch nicht organisiert sind, das nachzuholen und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. Eine Resolution, die sich mit den Ausführungen des Referenten deckte, wurde einstimmig angenommen, und nachdem im Verschiedenen die Verhältnisse einzelner Werkstätten noch besonders besprochen wurden, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung, die hoffentlich gute Früchte tragen wird.

und Kolonialplänen für und vor geöffnet worden. Es während gleichzeitig ein Teil des Einnahmewilligkeitsrechtes des Reichstags dabei in die Hände ging. Auf dieses neue Stück der Kasse des Zentrums im „Umfallen“ werden wir näher eingehen haben, wenn die Vorlage das Plenum beschäftigt hat.

Eine kleine Verbesserung in der Fürsorge für hilfsbedürftige Arbeiter wurde in der Novelle zum Krankenfürsorgegesetz für Gelehrte durchgebracht. Sie dehnt die Fürsorge auf 36 Wochen aus. Weitergehende Verbesserungsorschläge der sozialdemokratischen Fraktion erkannte der Staatsminister Graf Posadowski zwar ausdrücklich als erwünscht an, versagte ihnen aber doch „ganzlich“ die Billigung der Regierung. Auch hier heißt es eben „immer langsam voran“.

Faßt den ganzen Meiß der Wochenarbeit wandte der Reichstag dann der Revision des Börsegesetzes zu. Ursprünglich bestimmt, Treu und Glauben zu fördern, hat dieses Gesetz gerade die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Es hat den deutschen börsenmäßigen Verkehr auf vielen Gebieten geradezu lahmgelegt und in nicht geringem Maße zur Verschärfung der letzten wirtschaftlichen Krisis beigetragen. Die Sozialdemokratie bietet ihre Hand zur Beseitigung der Mißstände, nicht weil sie, wie ihre Verzeuher sagen, eine „Börsejuchtruppe“ ist, sondern weil sie die Notwendigkeit des börsenmäßigen Handels in der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaft anerkennt und die Heuchelei verachtet, die im Differenzgeschäft an der Börse ein sittlich gefährliches Treiben treibt, aber das Hazardspiel eines Justizministers mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe bedeckt wissen will.

Diese Wochenchronik dürfen wir nicht schließen, ohne eines Zwischenspiels zu gedenken: der Gültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Fürsten Bismarck und der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Abgeordneten Dr. Braun. Beim Fürsten Bismarck ist die amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten des Gewählten erwiesen — macht nichts; der Fürst bleibt Abgeordneter. Beim Genossen Dr. Braun hat der amtliche Apparat gegen ihn gespielt — macht nichts; der Jude wird verbrannt. Die Mehrheit des Reichstags hat in dieser Verhöhnung des Wahlrechtes einen Akt brutaler Willkür geleistet. Die Folgen werden sich noch zeigen!

**Über die Streiks und Ausperrungen im Jahre 1903**

veröffentlicht das Reichsarbeitsblatt folgende Mitteilungen: Im Jahre 1903 wurden im Deutschen Reich im ganzen 1874 Streiks beendet gegen 1060 im Jahre 1902, 1056 im Jahre 1901, 1433 im Jahre 1900 und 1288 im Jahre 1899, dem Ausgangsjahr der amtlichen Streikstatistik.

Während die Zahl der beendeten Streiks im Berichtsjahre 1903 gegen das Vorjahr 1902 fast um ein Drittel gestiegen ist, betrug die Steigerung bei den streikenden Arbeitern weit über die Hälfte und bei den beteiligten Betrieben und in folge des Streiks zum Feiern gezwungenen Arbeitern mehr als das Doppelte. Unter den fünf in Vergleich stehenden Berichtsjahren tritt 1903 in betreff der beendeten Streiks in die zweite Stelle, in betreff der betroffenen Betriebe und der streikenden Arbeiter in die dritte und in betreff der gezwungenen streikenden Arbeiter in die erste Stelle.

Ein Vergleich der beendeten Streiks des Jahres 1903 mit denen des Jahres 1902 zeigt eine Zunahme der Streiks sowohl bei den vollständig erfolgreichen und vollständig erfolglosen, als auch bei den nur teilweise erfolgreichen Ausständen. Vergleicht man die Erfolge der Ausstandsbebewegungen des Jahres 1903 mit den Durchschnittsergebnissen des Zeitraums 1899 bis 1903, in welchem insgesamt 6211 Streiks zur Beendigung gelangten, darunter 1834 mit vollem, 1898 mit nur teilweisem und 2979 ohne jeden Erfolg für die Streikenden, so entfallen auf die beendeten Ausstände

	Im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1903	Im Jahre 1903
mit vollem Erfolg . . . . .	21,48 Prozent	21,88 Prozent
mit teilweisem Erfolg . . . . .	30,56 „	32,32 „
ohne Erfolg . . . . .	47,96 „	45,85 „

Das Jahr 1903 entspricht sonach hinsichtlich der Zahl der Streikfälle mit vollem Erfolg ziemlich dem Durchschnitt des Zeitraums 1899 bis 1903, geht über denselben bezüglich der Fälle mit nur teilweisem Erfolg hinaus und bleibt hinter denselben zurück, was die Ziffer der vollständig erfolglos verlaufenen Ausstände anlangt. Ausperrungen wurden im Jahre 1903 70 beendet gegen 46 im Jahre 1902, je 35 im Jahre 1901 und 1900, und 28 im Jahre 1899. Ausgesperrt wurden hierbei 95 273 (10305, 5414, 9085, 6293) Arbeiter, während außerdem 835 (207, 95, 226, 1729) Arbeiter infolge der Ausperrungen zum Feiern gezwungen wurden. Von den im Jahre 1903 beendeten Ausperrungen hatten 36 vollen, 15 teilweisem, 19 keinen Erfolg; es entfallen auf die beendeten Ausperrungen

	Im Durchschnitt der Jahre 1899 bis 1903	Im Jahre 1903
mit vollem Erfolg . . . . .	48,33 Prozent	51,43 Prozent
mit teilweisem Erfolg . . . . .	26,79 „	21,43 „
ohne Erfolg . . . . .	24,88 „	27,14 „

Der Vorwärts macht zu diesen Mitteilungen in seiner Nr. 96 vom 24. April folgende Bemerkungen:

„Die Zahl der Ausperrungen hat demnach verhältnismäßig weit rascher zugenommen als die der Streiks, und diese Entwicklung dürfte sich, wenn man die Beschlüsse der diversen Unternehmerorganisationen und die Gründung der sogenannten „Sauptstelle“ der Unternehmerverbände in Betracht zieht, noch fortsetzen.“

Ein Vergleich zwischen der Zahl der Ausgesperrten und der der Streikenden, den das Reichsarbeitsblatt leider nicht gibt, bietet folgendes Bild. Es wurden gezählt:

Im Jahre	Streikende	Ausgesperrte
1899	99 338	5 236
1900	122 803	9 085
1901	65 262	5 414
1902	63 912	10 305
1903	85 603	35 273

Wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, dürfte in wenigen Jahren die Anzahl der ausgesperrten Arbeiter die der streikenden erreichen. Den Gewerkschaften erwächst daraus eine neue Aufgabe: Sie müssen ihre Schlagfertigkeit gegen bisher noch bedeutend erhöhen und stets für einen Fonds sorgen, der es ihnen ermöglicht, auch den unerwarteten und unvorhergesehenen Ausperrungen besser als bisher begegnen zu können. Außerdem ist es notwendig, daß der Widerstand gegen Ausperrungen in dem Umfang wie die Criminitzauer, denen eine Gewerkschaft allein nicht gewachsen ist, organisiert wird. Es muß eventuell der Generalkommission die Möglichkeit gegeben werden, Extrasteuern, die sich diesmal nur einige Gewerkschaften freiwillig auferlegten, allgemein anzuordnen. Will man der Generalkommission allein eine so große Machtvollkommenheit nicht zusprechen, so könnte in solchen Fällen vielleicht eine schnell einzuberufende Konferenz sämtlicher Gewerkschaftsvorstände handeln. Nebenfalls darf die Unterstützung der vom Kapital Angegriffenen in Zukunft sich nicht wie bisher lediglich auf freiwillige Beihilfen beschränken, die immer nur von wenigen gegeben, diese wenigen stark belasten müssen und deswegen gerade im notwendigsten Augenblick versagen können.“

Dem Vorwärts müssen wir hier folgende erwidern: Weber der Generalkommission noch einer „schnell einzuberufenden Konferenz“ sämtlicher Gewerkschaftsvorstände können wir das Recht zugeben, die Erhebung von Extrasteuern anzuordnen; dieses Recht muß den Zuständen jeder einzelnen Gewerkschaft ein für allemal gewahrt bleiben. Eine Gewerkschaft wäre ja in ihren Dispositionen gehemmt, wenn sie jeden Augenblick darauf gefaßt sein müßte, eine Extrasteuer für außerordentliche Zwecke erheben zu müssen. Das Beispiel von Criminitzau ist überhaupt nicht maßgebend. Für uns ergibt sich daraus zunächst eine andere Aufgabenstellung als die, die der Vorwärts zieht: Jede einzelne Gewerkschaft muß dahin streben, daß sie finanziell gekräftigt baute und nur im äußersten Notfall an die Gesamtheit appellieren muß. Der Textilarbeiter-Verband hat die Lehre bereits gezogen, indem seine letzte Generalversammlung eine Beitragserhöhung beschlossen hat. Die Durchführung des Vorschlags, wie er im Vorwärts gemacht ist, würde geradezu eine Prämie für die Gewerkschaften sein, die mit niedrigen Beiträgen glücken

**Rundschau.**

**Der Reichstag.**

(24. bis 30. April 1904.) Der Reichstag hat in der letzten Zeit die im Anfang dieser Tagung vergebene Zeit durch überreizte Tätigkeit wieder eingeholend gesucht. Es kommt vor allem darauf an, den Etat noch vor Pfingsten fertig zu stellen. Dazu bedarf es tatsächlich der außerordentlichsten Anstrengungen, denn vorher muß auch noch die Vorlage über die Reichsfinanzreform erledigt sein, durch die die Gestaltung des Reichsetats erheblich verändert werden wird. Der Hauptteil der parlamentarischen Tätigkeit lastet auf den Schultern weniger Männer, die durch ermüdende Kommissionsarbeiten und endlose Plenardebatten bis an den Rand ihrer Kräfte angespannt werden. Es ist in der Tat ein unerhörter Skandal, daß man gerade diesen Männern die Sorge für ihren Lebensunterhalt nicht wenigstens durch die Gewährung ausreichender Diäten erleichtert. Der Widerstand gegen die Gewährung von Taggeldern an die Reichstagsabgeordneten soll bei einzelnen Bundesfürsten besonders stark sein. Wir sind der Meinung, daß gerade bei manchen fürstlichen Personen das Mißverhältnis zwischen ihrer Arbeitsleistung und ihrem Einkommen aus öffentlichen Mitteln gar zu schreiend ist, als daß sie in solchen Fragen mitreden sollten.

Diesen allgemeinen Bemerkungen gebührt auch einmal ein Platz in der Reichstagschronik, schon damit man sich im Wolfe draußen auch an eine gerechte Wertung der unscheinbaren, aber für die Gestaltung unserer Gesetzgebung so überaus wichtigen Arbeiten der in den Kommissionen tätigen Abgeordneten gewöhnt.

Während sich die Budgetkommission des Reichstags noch im Schwelge ihres Angesichts bemühte, ein notwendiges Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen des Reiches herzustellen, kamen die Kolonialsanatiker schon wieder mit der Zumutung neuer Forderungen: in Ostafrika und in Logo sollen Bahnen gebaut werden, für deren Zinsenbank das Reich Garantien übernehmen soll.

Den beteiligten Kapitalisten werden riesenprofite durch Landkonzessionen gesichert — auf Kosten der heimischen Steuerzahler. Ein abscheulicher Handel mit den Steuergroßhändlern der Armen und Krüppeln, in seinem Wesen der brutalen Besteuerung des Hungers gleich. Sachverständige Männer bezeichnen den Wert der Kolonialbahnen gleich Null; aber eine Handvoll privater Unternehmer würde unzweifelhaft gewaltig an der Anlage profitieren. Und diese privaten Interessenten haben das Kolonialamt scheinbar vollkommen auf ihrer Seite. Da ist es denn doch an der Zeit, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die ganze Finanzkalamität des Reiches nur den phantastischen Weltmarktabsenteeen zu danken ist; die Kolonialfegerei, der Chinakreuzzug, der Ankauf der ehemals spanischen Südtiefen und dergleichen pyramidale Geldentaten einer weisheitsliebenden Regierung haben den Karren in den Dreck gebracht. Ehe mit diesem vollstrecklichen Unfug nicht aufgeräumt wird, kann es zu keiner Gesundung unserer Reichsfinanzen kommen. Bei der Beratung der vom Schatzkammer v. Stengel dem Reichstag vorgelegten Finanzreformvorlage haben das in der Budgetkommission aber einzig und allein die Sozialdemokraten scharf und ohne Rücksicht ausgesprochen. Die anderen Parteien haben unter Führung des Zentrums die Vorlage so gestaltet, daß neuen überfliegenden Plotten-

fortwirtschaften zu können. Und weiter würde dadurch der notwendige Zusammenhalt der kleinen und leistungsfähigen Betriebe, oder ihr Aufgehen in größeren Verbänden, nur ausgehalten werden.

Fortschritt des Bergarbeiter-Verbandes.

Der eben veröffentlichte Jahresbericht des sogenannten „alten Verbandes“ ergibt eine außergewöhnliche Kräftigung dieser verfolgten Arbeiterorganisation. Als im Jahre 1895 durch den Essener Meinelidsprozess dem Verband seine alten Führer Schröder und Meyer auf Jahre hinaus entzogen wurden, besaß er nur noch 4000 bis 5000 Mitglieder. In der früheren Zeit, 1890/91, gehörten ihm schon 45000 bis 50000 Mitglieder an. Unglückliche Streiks (Saargebiet und Ruhrgebiet 1898), mangelnde Festigkeit der schnell zusammengekauften Angehörigen waren die Ursachen des Rückganges. Seit dem Meinelidsprozess datierte der neue Aufschwung. Das Jahr 1902 schloß die Organisation ab mit 48278 Mitglieder, am Schlusse 1903 war ihre Zahl auf 69028 gestiegen, also Zuwachs in einem Jahre 20750 Mitglieder! Augenblicklich ist der Mitgliederstand circa 75000, die Auflage des Verbandsorgans, die Deutsche Bergarbeiter-Zeitung, beträgt 80000! Dieser große Aufschwung ist der beste Beweis für das wachsende Vertrauen der Bergarbeiter zu ihrem Verband. Der christliche Gewerksverein, dessen Führer, der Landtagsabgeordnete Bruff, sich bekanntlich für das „buddhistische Koalitionsrecht“ aussprach, gab für 1902 an rund 40000 Mitglieder, Ende 1903 nur noch etwa 89000, da inzwischen 24000 „christliche Mitglieder“ im Siegerland dem Gewerksverein des Herrn Bruff den Rücken lehnten. Vor etwa fünf oder sechs Jahren war die Stärke des „christlichen Gewerksvereins“ der des alten Verbandes ziemlich gleich; jetzt ist der letztere halb doppelt so stark wie der vom Zentrum inspirierte Gewerksverein. Auch in der fast ausschließlich christlichen Domäne des Ruhrgebietes, im Ruhrgebiet, besitzt heute der Verband circa 80000 Mitglieder, ist also auch hier viel stärker geworden wie die beziehungsweise in Arbeiterkreisen „Juchengewerksverein“ betitelt ultramontane Bergarbeiterorganisation. Die fernere Entwicklung läßt sich leicht voraussehen. Der Bergarbeiter-Verband hat sich auch finanziell sehr gut entwickelt. Sein Vermögen betrug 1901 erst 160000 Mk., 1902 waren es 260000 Mk. und 1903 rund 439000 Mk. Mitgliederbeiträge kamen im letzten Jahre 445000 Mk. ein, im Vorjahr 322000 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 649545 Mk., gegen 462000 Mk. in 1902. Unter den Ausgaben figurieren Streit- und Gewerkschaftenunterstützung 32695 Mk., Rechtschutz 20345 Mk., Sterbegeld 34422 Mk., Agitation 18561 Mk. Der Verband hat auch eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt, die ab 1. Januar 1905 in Kraft tritt. Im sich vor Scherereien zu befürchten, hat der Verband ein großes Grundstück in Bochum gekauft, um ein umfangreiches Verwaltungsgebäude nebst Drucker- und Wohnhäusern errichtet werden beziehungsweise fertig gestellt sind. Fertig gestellt, wird der Besitz einen Wert von 300000 bis 400000 Mk. repräsentieren. Die Fortschritte dieser Gewerkschaft können den Scharfmachern lehren, daß dem Siegeszug der Arbeiterorganisation sich auf die Dauer keine Macht mit Erfolg entgegenstellen kann.

Vom Kühnemännerbureau in Berlin.

Ein Metallarbeiter sollte dieser Tage bei der „berühmten“ Firma Schwindlinski in Arbeit treten. Da er sich aber weigerte den bekannten Knechts zu unterschreiben, wurde er nicht eingestellt. (Das ist kein Terrorismus!) Auf dem Bureau in der Dresdenerstraße erlaubte man sich nun die Unvorsichtigkeit, dem Arbeiter durch Aufdruck eines Stempels auf das Titelblatt des Arbeitsbuches einen Urteilsbrief mitzugeben. (Auch kein Terrorismus!) Der Arbeiter erlaubte sich an dritter Stelle, was da zu machen sei. Es wurde ihm der Rat erteilt, zunächst nochmals das Bureau der „arbeitersyndikalischen“ Kühnemänner aufzusuchen und die Entfernung des Stempels zu fordern. Der Arbeiter kam dem nach und begab sich nach der Dresdenerstraße. Dort wurde ihm der Stempel wegstaubert, außerdem aber als Strafgeld eine kräftige Ohrfeige verabfolgt. (Wer wollte so etwas Terrorismus nennen?!?) Jeder moderne Unternehmer wird solche patriarchalische Behandlung eines Arbeiters, die auf den Berliner Unternehmern nachweisen allmählich üblich zu werden scheint, für selbstverständlich halten; der Arbeiter hat merkwürdigerweise Strafantrag gestellt. Wenn aber die Arbeiter Berlins sich daran gewöhnen, die Unternehmensnachweise zu ihrer eignen Sicherheit nur noch mit kräftigen Ohrenschmettern zu betreten, dann jammert die Post, die jetzt die arbeitswilligen Revolverhelden verteidigt, sicher über Terrorismus.

Mit der sächsischen „Versammlungsfreiheit“

erlebt man immer wieder neue Überraschungen. Am 6. Februar sagte im Gasthof zum Anker in Wittweida-Markersbach eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit dem Thema: „Die Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“, Referent Kollege Haack-Beipzig. Einberufer dieser Versammlung war der Kochschneider Pechmann aus Maschau. Vorsitzender, also Versammlungsleiter, der Kochschneider Eisenbach aus Maschau. Nach vor dem Referat kam es zwischen dem Gendarmenbrigadier Reichel und dem Vorsitzenden Eisenbach zu einer Auseinandersetzung wegen der Anwesenheit der Minderjährigen. Nachdem jedoch der Referent Haack erklärt hatte, sein Thema sei ein rein gewerkschaftliches, wurden vom Überwachenden keine Einwendungen mehr gemacht. Die Minderjährigen konnten im Saale bleiben. Nachdem der Referent beendet, sprach der Versammlungsleiter Eisenbach. Durch seine Ausführungen soll nun die Versammlung auf politisches Gebiet hinübergeführt worden sein. Eisenbach soll heftige Kritik an den Behörden wegen deren Verhalten beim Grunntschauer Streik geübt und zum Schluß die Anwesenden aufgefordert haben, die Vollstimmigen zu abonnieren. Gleich nach Schluß der Versammlung ist dann der Brigadier zu Eisenbach gekommen und hat ihm Vorwürfe gemacht, daß er vom gewerkschaftlichen Gebiet ins politische hinübergewandert sei. Der Referent selbst, befähigte er, habe sich streng sachlich gehalten.

Es erzielten von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg Strafmandate Pechmann und Eisenbach in Höhe von je 10 Mk. und die beiden Minderjährigen Rorb und Hiedel in Höhe von je 5 Mk. Pechmann, Hiedel und Rorb beantragten richterliche Entscheidung, während Eisenbach als Versammlungsleiter keine Strafe bezahlte. Gegen Pechmann, Rorb und Hiedel fand dieser Tage Verhandlung vor dem Schöffengericht in Schwarzenberg statt. Pechmann wurde zur Zeit gelegt, als Einberufer, nach Ansicht des Gerichtes als mitverantwortliche Person, es unterlassen zu haben, Eisenbach darauf aufmerksam zu machen, daß durch seine Rede die Versammlung zu einer solchen werde, welche politischen Zwecken diene; ferner habe er es unterlassen, die Minderjährigen zum Verlassen des Saales aufzufordern. Pechmann steht auf dem Standpunkt, daß er als Einberufer nicht für Verfehlungen des Versammlungsleiters mitverantwortlich gemacht werden kann. Seine Funktion und seine Verantwortlichkeit hört mit dem Augenblick auf, wo ein Versammlungsleiter gewählt ist. Rorb wurde zur Zeit gelegt, als Minderjähriger die Versammlung nicht verlassen zu haben, als je nach Ansicht des Gerichtes von einer politischen wurde. Rorb's Einwand, daß ihm das Verbot nicht fehle, um unterlassen zu können, was gewerkschaftlich oder politisch sei, wurde vom Amtshauptmann für nicht richtig gehalten; ein Dankschuldener, auch wenn er erst im Alter von 20 Jahren liege, müsse diese Sorge zu haben verstehen. (Wo er das wohl lernen soll, da er ja politische Versammlungen nicht besuchen darf?) Hiedel mußte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden, weil man das Gegenteil seiner Aussage, daß er gleich nach der Schließung der Versammlung das Lokal verlassen und dann nie wieder betreten habe, nicht beweisen konnte. Nachdem der Richter auf Grund der Angelegenheit plauderte, erfolgte die Verurteilung der Angeklagten: Pechmann und Rorb zu derselben Strafe, die von der Amtshauptmannschaft angewiesen worden war! Außerdem haben die Verurteilten die Kosten des Verfahrens zu tragen. — Wenn diese Auffassung unter den sächsischen Richtern Schule machen sollte, so werden in Zukunft immer noch gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten werden können, die nicht Strafversammlungen an sich darstellen und Minderjährigen zur Folge haben. Denn das Thema kann noch so rein gewerkschaftlich sein, wie im vorbesagten Falle, es bedarf höchstens nur eines Satzes in der Rede

legend eines Diskussionsredners und das Material zum Strafantrag langt zu. Daß man einen Minderjährigen, der selbst jugend, das Verständnis noch nicht zu besitzen, um die feinen Unterschiede zu finden, die sächsischen Gerichte zwischen gewerkschaftlichen und politischen Erörterungen noch lassen, bestrafe, weil er sich nicht in dem Augenblick entfernt hat, wo nach Ansicht der Behörde die Versammlung politisch wurde, ist sicher unzulässig. Da eine Aufforderung an die Minderjährigen, das Lokal zu verlassen, gar nicht ergangen war, hatten dieselben auch keine Veranlassung, hinauszugehen. Der Einberufer und der Leiter sind bestraft für die Unterlassung der Aufforderung; mit welchem Recht will man Minderjährige für eine Unterlassung der Versammlungsleiter bestrafen? Das Urteil ist so bedenklich, daß dagegen Berufung an die höhere Instanz eingelegt werden sollte.

Streikpostensehen.

Die Petitionskommission des Reichstags hat ihren ersten Bericht erstattet. Derselbe betrifft zunächst die Verhandlung über eine Eingabe des 15. Bezirksrates des Verbandes der Tischlerinnungen Schleswig-Holsteins und Lübeck, der beantragt, der Reichstag wolle die jetzige Bestimmung des § 153 der Reichsgewerbeordnung dahin abändern, daß das Streikpostensehen ohne Ausnahme unter Strafe gestellt wird. Diese Forderung war folgendermaßen begründet:

Der § 153 in seiner jetzigen Fassung sei nicht geeignet, die Absicht des Gesetzgebers, den Arbeitgeber bei Verhängung von Sperren nicht der Willkür und dem Terrorismus der streikenden Arbeiter zu überlassen und die Arbeitswilligen vor Belästigungen zu schützen, zu verwirklichen, bewirke vielmehr fast das Gegenteil. Das zeige zum Beispiel der Zustand der Zimmer- und Maurergesellen zu Kiel vom Sommer 1902 mit seinen Ausschreitungen, denen die Polizei nachloslos gegenüber gestanden habe.

Die meist ohne stichhaltigen Grund (?) erfolgte Verhängung und Veröffentlichung der Sperre sei geeignet, die geschäftliche Stellung des betroffenen Unternehmers zu gefährden, weil Polizei und Gericht auf Grund der jetzigen Bestimmungen nicht einschreiten könnten. Greife aber der Unternehmer in solchen Fällen zur Selbsthilfe, so laufe er noch Gefahr, bestraft zu werden. Auch sei es ihm ganz unmöglich, neue Arbeiter zu erhalten, wenn es den Streikenden gestattet sei, vor seinem Betrieb Posten zu fassen und jeden Arbeitswilligen unter Anwendung aller Mittel von der Arbeit fernzuhalten.

Bekannt sei ferner, daß beim Streikpostensehen vielfach die gesellschaftlichen Befugnisse der Streikenden überschritten, ein Beweis für die Überschreitung aber selten erbracht werde. Hiernach trage die jetzige Fassung des § 153 unmittelbar dazu bei, den Arbeitgeber mangels jedes staatlichen Schutzes der Willkür und dem Terrorismus der Sozialdemokratie auszuliefern, und den zur Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eingesetzten Behörden und Beamten gebe er selbst in den Fällen noch kein Recht zum ernstlichen Einschreiten, wenn es sich darum handle, den Arbeitswilligen beim Erwerb von Mitteln für den Lebensunterhalt gegen Belästigungen zu schützen. Werde aber ein Arbeitswilliger von der Arbeit abgehalten, so wirke das nicht nur auf ihn demoralisierend, sondern entziehe auch seiner Familie den Unterhalt.

Dieser echt zünftlerisch-demagogische Sumburg bewirkte wenigstens das Gute, daß die Regierung Veranlassung nahm, durch ihren Vertreter, Geheimrat Regierungsrat Spielhagen, erklären zu lassen: der Bundesrat habe sich bisher nicht veranlaßt gesehen, der Frage einer Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung im Sinne der Petition näher zu treten. Die Kommission beschloß demnach, beim Plenum zu beantragen, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Großartige Löhne

werden in der Bauklemptnererei von H. Schröder in Aplerbeck bezahlt. (Einige handschriftliche Abrechnungen dieses Herrn geben davon Zeugnis:

Table with 2 columns: Description of work and Amount in Mk. Items include 5 Wochen sind 29 Tage à 10 Stunden, davon ab, an Bar März 15., 2 Stunden Mittw., Freitag zu spät aufstehen, 5 Wochen Krankengeld, Reparatur am Schraubstock, 35 Tage Kostgeld à 1,40.

Table with 2 columns: Description of work and Amount in Mk. Items include Eine andere Abrechnung sieht so aus: Am 5. 6. 7. 8. 9. April 9, 10, 9, 10, 10, Stunden sind 48 Stunden à 33 Pf., Davon ab 6 Tage Kostgeld à Tag Mk. 1,40 sind 8,40, 4 Nachtlösgel den 3., 4., 10. u. 11. April à 50 Pf., 1 Woche Krankengeld, 1 Klebmaterial, für einen mit Nutwillen abgetrochnen Wasserleitungshahn und Arbeitslohn an Sonntag, Desgleichen für einen Strohbretter, am 10. April bar Vorschuß, Summa 16,88, Lohn 15,84.

Ich erhalte noch zurück Mk. 1,04 Woher der Geselle die Mk. 1,04 nehmen soll, die der Herr Arbeitgeber noch verlangt, darüber wird sich derselbe hoffentlich keine Kopfschmerzen machen. Aber dem Herrn ist dringend zu raten, sich einige Kenntnis über die Gewerbeordnung anzueignen, die ihm fehlt, sonst dürfte er wissen, daß Lohnabzüge, wie er sie vornimmt, unzulässig sind. Dem Gesellen war das Logis beim Meister zu teuer, deshalb meldete er sich für die vier Osterfeiertage ab, um dadurch einige Groschen zu sparen, trotzdem bringt der Meister pro Nachtlösgel, obwohl der Geselle anderswo geschlafen hat, 50 Pf. in Abzug. Da wundert sich die Meister auch noch, wenn die Gesellen unzufrieden sind.

Submissionsstätten.

Die Fachzeitung für Blechbearbeitung und Installation bringt eine Einsetzung zum Abdruck, in der ein Handwerksmeister bewegliche Anlagen über seine Herren Kollegen erhebt, die „Schönungs- und rücksichtslos darauf loszuwurseln“. Der moderne Jeremias demonstriert an einigen Beispielen, welche Rechenkünste manche Klempnermeister sind, indem er schreibt: „In dem einen Falle, der sich im Hause eines benachbarten Dorfes Wippen (Hessen) zugetragen hat, wurden für den Neubau einer Schule die Klempnerarbeiten zur Berechnung angeschrieben, an welcher Submission sich zusammen sieben Klempnermeister von sich, Wippen und Zollar beteiligten. Es ist schon der äußerst angelegte Preis, welcher dem allgemeinen Anschlag zugrunde lag und der mit Rücksicht auf die mancherlei Umstände, die eine entfernt liegende Arbeit schon allein mit sich bringt, nur einen bescheidenen Anseh abwirft, so ist es doch unvernünftig, daß man, wenn ein Angebot in Prozenten als nötig erscheint, 26 Prozent an der Gesamtsumme herunterreißt, wie es Herr Klempnermeister Jean Schmidt in sich, gemäß den uns zugegangenen Aufstellungen getan hat. Während also das niedrigste Angebot circa 15 Prozent war, hat es der selbstwählige und scheinbar sehr rechnerisch veranlagte Fachgenosse verstanden, ob seiner gewöhnlichen Preisgeberei die Arbeit für sich zu gewinnen. — Ein anderer Fall, über den wir unterrichten wurden, betrifft eine Offerte für Klempnerarbeiten eines Rohranneubaus des Herrn Stadtmagisters Kay in Dorstetten (Württemberg), welche unter anderem lautet: Dachrinnen von verzinktem Blech Nr. 22, samt nötigen Trägern mit 28 Zentimeter Abwicklung per Meter 1 Mk.; Ablaufrohr 80 Millimeter von Zink Nr. 11 samt dem nötigen Rohrgelassen per Meter 90 Pf.; Abflussrohr von verzinktem Blech 25 Zentimeter Abwicklung per Meter 65 Pf.; Zinkverwahrungen Nr. 12 per Quadratmeter 3,50 Mk.; Ofenrohr samt Dogen per Kilo 50 Pf.; Tafelblei per Kilo 62 Pf.“

Der Einberufer meint, es sei und bleibe ein Rätsel, wie ich Menschen auf ihre Rechnung kommen. Er findet die Lösung nur darin, daß sie eines schönen Tages den Betrieb notgedrungen einstellen müssen.

Vom Ausland.

Schweden.

Am 2. April wurde in Stockholm der neunte Verbandstag des schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes eröffnet. Anwesend waren 209 Delegierte aus 112 Filialen, deren Mitgliederzahl circa 18000 beträgt. Außerdem hatten die Bruderverbände in Norwegen und Dänemark Vertreter gesandt. Nach den üblichen Begrüßungsreden wurde zunächst der Geschäftsbericht über die Verbandstätigkeit von 1902 bis 1903 debattiert und genehmigt, worauf der Entwurf zu einem korporativen Arbeitsvertrag mit dem schwedischen Werkstättenverein, die Frucht der großen Aussparung vom vorigen Jahre, zu eingehender Verhandlung und schließlich zur Annahme gelangte. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, den Vertrag mit dem Werkstättenverein abzuschließen.

Sodann kam die Frage der Anschlüsse an die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften an die Reihe. Nach langwierigen Debatten wurde mit 110 gegen 98 Stimmen beschlossen, die Frage den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten. Der Verbandstag selbst erklärte sich in einer prinzipiellen Abstimmung mit 119 gegen 89 Stimmen für Angliederung.

Weiter wurde vom Verbandstag eine Übereinkunft mit dem norwegischen Bruderverband angenommen, die eine realitätsmäßige Unterstützung bei Streiks und Aussparungen in weitgehender Weise regelt. Sobald 16 Prozent der Mitglieder eines der beiden Verbände sich im Kampfe befinden, tritt die Verpflichtung des anderen Verbandes ein, den im Kampfe verwickelten Verband zu unterstützen. Diese Unterstützung kann bis zu höchstens einer Krone pro Woche und Mitglied des unterstützten Verbandes betragen und darneben die Hälfte des Betrags übersteigen, den die Mitglieder des kämpfenden Verbandes selbst für den Kampf aufbringen. Der Betrag darf jedoch nicht niedriger sein als 20 Ore pro Woche und Mitglied oder ein Fünftel des von den Mitgliedern des kämpfenden Verbandes aufgebrauchten Betrags. Die Berechnung der Mitgliederzahl geschieht nach der des kleineren Verbandes. Die Beiträge werden wöchentlich zur Verfügung gestellt und können nur in dem Falle einbehalten werden, wenn der unterstützende Verband selbst in größeren Konflikten verwickelt wird. — Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, mit dem dänischen Bruderverband Unterhandlungen einzuleiten, um einen gleichen Vertrag mit diesem zum Abschluß zu bringen oder den jetzt bestehenden Vertrag im obigen Sinne umzugestalten.

Zu eingehenden Debatten führte die Frage der Vertragshöhe. Man ließ es aber bei dem bisherigen Beitrag; jedoch soll der Verbandsvorstand noch im Laufe dieses Jahres einen Ertragsbeitrag zur Stärkung des Reservefonds erheben. Ferner soll für die nächste Geschäftsperiode eine laufende Lohnstatistik in allen Filialen aufgenommen werden, um auf Grund des gewonnenen Materials auf dem nächsten Verbandstag darüber entscheiden zu können, ob die Beitragshöhe proportional zu dem Arbeitsbedienst zu bemessen sei, andererseits aber auch, um zu jeder Zeit der Öffentlichkeit gegenüber die Lohnverhältnisse der Metallarbeiter nachweisen zu können.

Die kostspieligen Verbandstage sollen für die Folge nicht mehr wie bisher alle drei Jahre, sondern alle fünf Jahre abgehalten werden. Anstatt dessen wird ein Verbandsauschuß eingesetzt, der auf den Verbandstagen gewählt wird. Dazu wird das Land in bestimmte Wahlbezirke eingeteilt. Auf mindestens je 200 angefangene Mitglieder von 500 in einem Distrikt entfällt ein Vertreter zum Verbandsauschuß. Kein Distrikt darf mehr als sechs Vertreter erhalten. Die Zahl der Distrikte wurde auf zehn festgesetzt mit zusammen 28 Vertretern. Der Auschuß führt die Kontrolle über die Tätigkeit des Verbandes und hat bei wichtigen Anlässen beschließendes Recht. Für seine Beschlüsse ist er dem Verbandstag verantwortlich. Zu Statutenänderungen ist er jedoch nicht berechtigt. Der Auschuß tritt jedes zweite Jahr im März zusammen, kann jedoch auch öfters einberufen werden, wenn dies notwendig erscheint. Bezüglich des Verbandsvorstandes wurde beschlossen, daß seine Mitglieder nicht Verbandsämter in den Filialen bekleiden dürfen.

Bezüglich der Reise- und Unterstützungsfrage wurden einige Statutenänderungen vorgenommen, die jedoch nicht über das lokale Interesse hinausgehen. Weiter wurden die Satzungen für die Werkstättenklubs und die Verbandsfilialen ergänzt. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, mit anderen Verbänden Übereinkünfte zu treffen betreffend den freien Übertritt aus einem Verband in den anderen, und es wurden hierzu einige Bestimmungen als Richtschnur festgelegt.

Zu der Frage der Genossenschaftsbewegung nahm der Verbandstag eine Resolution an, in welcher erklärt wird, daß der Verband als solcher sich mit genossenschaftlicher Tätigkeit nicht abgeben kann, abgesehen vielleicht von Fällen, wo eine produktive Tätigkeit auf genossenschaftlicher Grundlage innerhalb der eigenen Industrie betrieben werden könnte. Die Mitglieder werden aber aufgefordert, überall, wo es geschehen kann, die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter tatkräftig zu unterstützen und sich eifrig an ihnen zu beteiligen.

Ein Antrag auf Errichtung eines Darlehnsfonds für Volkshausunternehmungen wurde dem Verbandsvorstand überwiegen, der mit den zuständigen Korporationen der organisierten Arbeiterschaft zwecks Lösung dieser Frage in Verbindung treten wird. Zwecks Agitation in den nördlichen Provinzen soll ein tüchtiges Verbandsmitglied zunächst für ein halbes Jahr als Agitator angestellt werden. Ein Antrag auf Errichtung einer Altersversicherungskasse wurde abgelehnt. Zum Vertrauensmann wurde Kollege Blomberg einstimmig wiedergewählt, worauf der Verbandstag nach achtstündigen Verhandlungen geschlossen wurde.

Das Gesamtergebnis dieses Verbandstages der größten schwedischen Gewerkschaft ist zweifellos durchaus zufriedenstellend. Im Vordergrund des Interesses steht naturgemäß die Frage der Angliederung des Verbandes an die Landesorganisation, die jetzt ungewisselhaft mit dem 1. Oktober erfolgt, womit die schwedische Gewerkschaftszentralisation bedeutend an Macht und Ansehen gewinnen wird. Aber nicht weniger von Bedeutung ist der mit der norwegischen Bruderverbände abgeschlossene Vertrag, der mit der dänischen Bruderverbände ohne Zweifel auch vereinbart werden wird, womit die Eisen- und Metallarbeiterbewegung in Skandinavien eine Stärke erlangt, die selbst von dem bestorganisierten und scharfmacherischen Unternehmertum nicht überbunden werden kann. Hat diese Konzentration der ökonomischen Kräfte der skandinavischen Metallarbeiterbewegung erst ihre endgültige Festigkeit erlangt, so wird schließlich die Frage eines weiteren Ausbaus der internationalen Solidarität der Metallarbeiter spruchreich werden. G. W.

Niederlande.

Am 3., 4. und 5. April tagte zu Haarlem der Jahreskongress des niederländischen Metallarbeiter-Verbandes. Er war besetzt durch die Abteilungen Alnaar, Apeldoorn, Amsterdamm (I, II, III), Arnhem, Delft, Deventer, Doesburg, Dordrecht (I, II), Enschede, Groningen, Groningen, Haarlem, Hengelo, Kinderdyk, Kronenburg, Leemwarden, Nymwegen, Rotterdam, Sued, Utrecht, Velzen, Wiltzingen und Zaandreef. Aus dem Jahresbericht ergab sich, daß der Verband durch den Generalfreitag im Jahre 1903, wiewohl die Reaktion ihm auch manche Federn aus den Flügeln gezogen hat, doch weniger gelitten hat als andere Organisationen. Durch den Eisenerziehenden Mitglieder hat sich der Verband allmählich wieder erholt und selbst im äußersten dunklen Tagen von Geldern noch eine Abteilung errichtet (Doesburg) und mehr Bewegung in dieser Gegen bringen können. Die Mitgliederzahl ist wieder im Steigen begriffen und beträgt nun 750. Dem Rechnungsbericht zufolge waren vom Dezember 1902 bis Dezember 1903 die Einnahmen 9811,04 Mk., die Ausgaben 9773,95 Mk. Die Rechnung ergab also einen Überschuss



